ZECK
zeitschrift gewalttätiger chaoten
Nr. 76 | Jan./Feb. 1999

Eskalation?!
Flora plant neue Angriffe

Stadtteilzentrum will auch ohne UN-Mandat Ziele im Schanzenviertel und im Hamburger Stadtgebiet erneut angreifen.

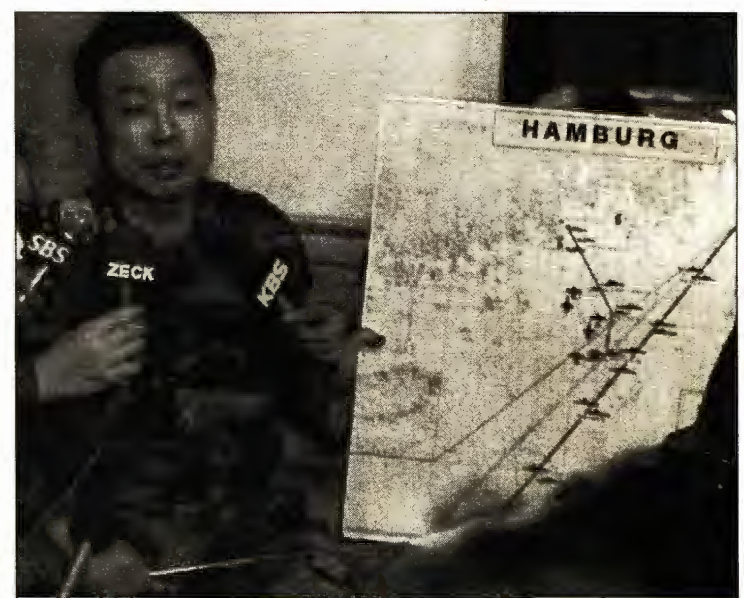
Nur wenige Wochen nach den Angriffen auf Polizisten in der Schanzenstraße wurde jetzt bekannt, daß weitere Angriffe unmittelbar bevorstehen.

Das Oberkommando der Autonomen kündigte an, es diesmal nicht bei Farbbeuteln bewenden zu lassen. »Wenn die Polizeiführung nicht zu einer bedingungslosen Entmilitarisierung bereit ist und den autonomen Kontrolleuren ungehinderten Zugang zu allen ihren Einrichtungen verschafft«, sei man gezwungen, »die notwendigen Konsequenzen – im Notfall auch im Alleingang – zu ziehen«, so ein Sprecher der Autonomen auf einer Pressekonferenz.

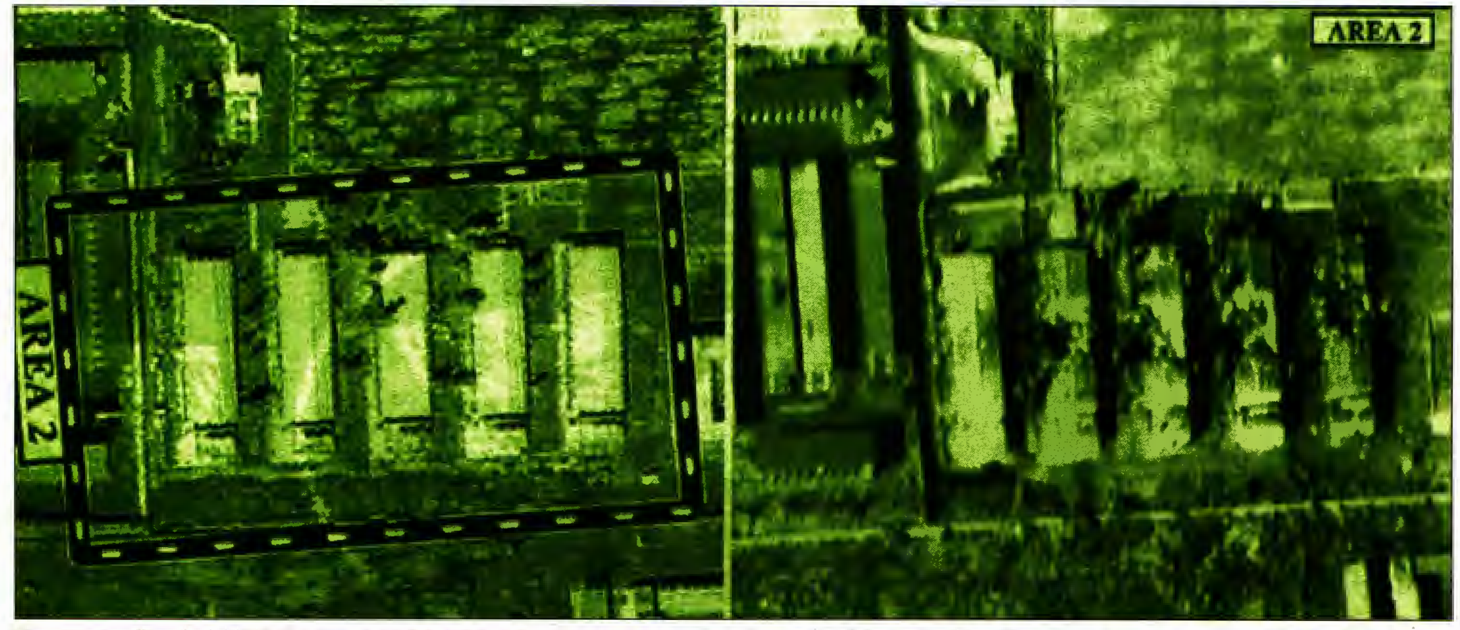
Der Flugzeugträger »Rosa Luxemburg« kreuzt seit Montag auf der Elbe vor Hamburg, der Lenkwaffenzerstörer »Lenin« befindet sich auf der Fahrt ins Krisengebiet.

Bei den Alliierten aus Berlin und Göttingen stieß die kompromißlose Haltung der Hamburger Autonomen auf ungeteilte Zustimmung. Nur aus Stuttgart war zu hören, daß »der Weg der Verhandlungen noch nicht ausgeschöpft« sei.

Bericht Seite 1–7, Kommentar Seite 9, Hintergrund Seite 10–11



Ein Sprecher erläutert auf einer Pressekonferenz die Bewegung autonomer Marineeinheiten auf der Elbe.



Bereits im Herbst 1997 haben Lenkraketen des Zerstörers »Lenin« mit chirurgischen Bombardements schwere Zerstörungen an Polizeieinrichtungen verursacht. Hier Satellitenbilder der Alsterdorfer Polizeizentrale.

Vorwort

Nach einer etwas längeren Weihnachtspause beglücken wir euch jetzt mit einer dicken Doppelnummer.
Neben einem angemessenen Anteil Lokalkolorit (Flora & Schwarzmarkt) haben wir diesmal einige Diskussionspapiere im Angebot: Zum Text »Die Kunst zu campen« aus der letzten Zeck (Grenzen), zum Volksbegriff in der Kurdistansolidarität (Militärdemokratur) und zu Antifa im Osten (Die Lust ist da ...).
Reaktionen sind - wie immer - gern gesehen, sie müßten uns nur vor unserem nächsten Redaktionsschluß erreichen, das ist diesmal der 20. Februar.

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 oder 6.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).



Breakfast Club is back!

FloraFrühstück gibts nur noch 1x im Monat an jedem ersten Samstag. Sollten sich weitere UnterstützerInnen finden, evtl. auch häufiger. Um den Erlebniswert der veganen Futterei zu erhöhen, wird an LiveMusik und/oder Kurzfilmen als Beiprogramm überlegt. Kommt und speist!

Mensa im Volxcafe?

Seit ein paar Wochen ist es definitiv: Das Studentenwerk Hamburg plant den Neubau eines Mensabetriebes im Erdgeschoß des Philosophenturms. Dafür sollen zwei selbstverwaltete studentische Räume - der FrauenLesben-Raum und das Volxcafe - plattgemacht werden.

Vor genau zehn Jahren, während des großen Studistreiks im Wintersemester '88/89, besetzten ein paar entschlossene Menschen den tristen studentischen Aufenthaltsraum, um darin ein selbstverwaltetes linkes Cafeprojekt zu betreiben, in dem zum einen die Vereinzelung der Studis aufgebrochen wird und zum anderen linke Politik einen Knotenpunkt finden kann. Seitdem wird das Cafè von wechselnden Menschen als offenes Kollektiv organisiert. Es gibt einen gutsortierten Büchertisch und Beteiligung oder Unterstützung von politischen Aktionen.

Zehn Jahre lang wurde das Volxcafé in dieser Form von der Uni geduldet. Doch damit soll Schluß sein. Das Studentenwerk hat die Pläne für die neue Mensa fertiggestellt, im August '99 soll Baubeginn sein. Den BetreiberInnen des Cafés wurde über das alles von der Uni-Leitung kein Wort mitgeteilt.

In dieser Umgangsweise mit studentischer Selbstorganisierung spiegelt sich die allgemeine Entwicklung an der Uni wider, die darauf abzielt, alle Bereiche der kapitalistischen Standortlogik zu unterwerfen.

Doch diese Rechnung wurde ohne die (Café-) WirtInnen gemacht. Wir lassen uns nicht rausschmeißen! Basta!

Das Volxcafe im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, ist geöffnet Mo+Di 12-16h, Mi+Do 12-18h

1 Jahr Wanderkirchenasyl in NRW
Aktionstag am 23.1.99

Seit dem 21.1.98 kämpfen kurdische Flüchtlinge unter schweren Bedingungen gegen die drohende Abschiebung in die Türkei. Sie sind „illegal", d.h., die BRD spricht ihnen die Wahrnehmung jeglicher Rechte ab. Mit Hilfe von Kirchengemeinden, der Kampagne „Kein Mensch ist illegal!" und weiteren lokalen Unterstützungsinitiativen konnte eine Überlebensgrundlage für einige Hundert der tausenden „Illegalen" in Deutschland aufgebaut werden mit den Forderungen:

- Kurdische Flüchtlinge müssen als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden!
- Sofortiger Abschiebestopp in den Folterstaat Türkei!
- „Illegalen" muß wieder ein legaler Status gegeben werden
- Überall sollen Menschen das Recht erhalten, in Würde zu leben.

Das Innenministerium von NRW erklärte mittlerweile alle „Verhandlungen" für gescheitert. Drei Flüchtlinge sitzen wieder im Abschiebeknast Büren, nachdem sie bei der Rückfahrt vom Kölner Gruppenplenum durch eine Zivilstreife abgegriffen wurden.

In Wuppertal-Barmen hat eine Gruppe von 27 KurdInnen in einer Kirche Zuflucht erbeten, sie befinden sich dort in einer auch kirchlich eher unwillkommenen Situation. Zur Unterstützung der Aktion in Wuppertal-Barmen findet dort eine Demonstration am 16.1.99 (13 Uhr) statt. Für den 23.1. ist eine große Bandbreite von Aktivitäten über den ganzen Tag geplant vom Bau einer Arche, Errichtung einer kurdischen Botschaft, Musik und Theater bis zu einer Demonstration. Sie soll die anhaltende große Bündnisbreite des Wanderkirchenasyls darstellen und die dringliche politische Lösung für das Bleiberecht kurdischer Flüchtlinge fordern.

Kontakt: Kölner Netzwerk Kein Mensch ist illegal c/o Kölner Appell Tel.0221/7325371, Fax 0221/7390925

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Bundesweite Demo am 20.2.99 in Hamburg

Die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls gegen den afro-amerikanischen Journalisten steht kurz bevor. Bereits am 29.Oktober 98 hatte der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania den Antrag von Mumia Abu-Jamal auf ein Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt. Diese Ablehnung stellt einen entscheidenden Punkt im juristischen Kampf um Mumia Abu-Jamal dar und signalisiert die politische Entscheidung, daß Mumia auf jeden Fall hingerichtet werden soll.

Auf Grund der zugespitzten Situation hat sich das bundesweite Treffen der Mumia Abu-Jamal UnterstützerInnengruppen zu einer bundesweiten Demo am 20.2.99 in Hamburg entschlossen.

Zur Erinnerung:

Mumia Abu-Jamal ist ein preisgekrönter Schriftsteller und revolutionärer afro-amerikanischer Journalist in den USA: Als Jugendlicher war er Mitbegründer der Black Panther Party in Philadelphia (Pennsylvania). Später hat er jahrelang als Journalist in Philadelphia die rassistische Brutalität der Polizei entlarvt.

Am 9.Dezember 1981 wurde Mumia von der Polizei angeschossen, zusammengeschlagen und fast getötet. Bei dem gleichen Zwischenfall starb ein Polizist.

Im Sommer 1982 wurde Mumia wegen Mordes an dem Polizisten angeklagt: Nachweislich wurde die Zusammensetzung der Geschworenen manipuliert, Zeugen massiv bedroht. Mumia wurde das Recht der Selbstverteidigung verweigert und zwangsweise ein unwilliger Pflichtverteidiger zugewiesen. Entlastende Beweise wurden nicht untersucht oder unterschlagen (z.B. hatte das tödliche Geschoß das Kaliber 0.44, Mumias Pistole dagegen 0.38). Wegen fehlender finanzieller Mittel konnten von Mumia keine Sachverständigen und Gutachter bezahlt werden, da Anträge auf mehr finanzielle Mittel vom Gericht abgelehnt wurden. Der gesamte Prozeß wurde von einer rassistischen Hetzkampagne der rechtsradikalen Polizeivereinigung Fraternal Order of Police (FOP) begleitet, der vorsitzende Richter war Mitglied dieser Polizeivereinigung.

Mumia Abu-Jamal wurde zum Tode verurteilt und sitzt seitdem in der Todeszelle.

Schon einmal konnte im August 1995 der für ihn festgesetzte Hinrichtungstermin durch eine entschlossene weltweite Kampagne verhindert werden. Anders als damals verbleiben jedoch bis zum Hinrichtungstermin unter Einbeziehung aller verbleibenden juristischen Möglichkeiten nur noch wenige Wochen bis Monate. Außerdem darf sich keinesfalls der Illusion eines juristischen Weges oder Lösung hingegeben werden.

Die Entscheidung über Mumias Leben und Freiheit fällt nicht in irgendeinem Gerichtssaal, sondern auf der Straße.

- Stoppt die Hinrichtung!
- Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Kontakt: Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu-Jamal!", c/o B5, Brigittenstr.5, 20359 Hamburg, Fax 040/43 18 90 38: Spenden: Dr. H.J. Schneider, HASPA; BLZ 20050550, Kto 1045798319, Stichwort „20. Februar"

Schnelles Aus für das Café Germania

Nach gerademal einem Jahr mußte Anfang Dezember 1998 der Neonazi-Treffpunkt Café Germania in Berlin-Lichtenberg schließen. Grund für das schnelle Ende sollen Mietschulden sein. In einem internen Schreiben beklagt sich Ex-Café-Betreiber Andreas Voigt darüber, daß nicht genügend Nazis sein Lokal besuchten, und zum wiederholten Male die Scheiben des Cafés eingeschlagen wurden. Durch die mehrfachen militanten Angriffe gegen das Café Germania hatte es Voigt nach eigenen Angaben schwer ausreichenden Versicherungsschutz zu finden. Etwa monatlich war das Café Ziel von antifaschistischen Aktionen. Jetzt wollen es die Faschisten rund um das Café Germania erneut versuchen: diesmal im Berliner Umland. Sie kündigten an ein neues Café eröffnen zu wollen, um so auf das große rechte Potential des brandenburger Landes zurückzugreifen.

Zwei Wochen vor dem Aus für das Cafe Germania fand eine antifaschistische Demonstration unter dem Motto „Der rechten Kultur entgegentreten! Weg mit dem Cafe Germania!" mit 2500 AntifaschistInnen statt, die direkt am Cafe vorbeiführte.

Das Cafe war als Pilotprojekt gestartet und wollte Vorbild für die Bundesrepublik sein. Vielerorts sollten ähnliche Kneipen eröffnet werden, um eine „deutschlandweite Infrastruktur von Nazi-Objekten" zu schaffen, so ein Rundschreiben vom Juni '98.
Den Faschisten aus dem Cafe Germania wurden diese Pläne vorerst gründlich verdorben! Breiter antifaschistischer Widerstand in den verschiedensten Formen hat das „Projekt Cafe Germania" verhindert! Auch in Zukunft gilt: Antifa heißt Angriff! Organisiert den revolutionären Widerstand!
Antifaschistische Aktion Berlin Dezember 1998

Der große Ausschluß

Gefährliche Orte, urbane Visitenkarten und das „Unternehmen Stadt"
Film- und Veranstaltungsreihe vom 21. 1. bis 25. 3 1999.
Informations- und Diskussionsveranstaltungen im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12.
Donnerstag, d. 21.1.99.
Eingrenzen - Ausgrenzen; Soziale Zonierung städtischer Räume. Mit Klaus Ronneberger, Stadtsoziologe, Ff/M sowie Dirk Hauer, Hamburg.
Donnerstag, d. 4. 2. 99:
Armutsghetto und/ oder Community „Urban underclass" in deutschen Großstädten. Mit Norbert Gestring, Stadtsoziologe Bremen/ Oldenburg. Ünal Zeran, Jurist, Hamburg.
Donnerstag, d. 25. 2. 99:
Wa(h)re Sicherheit
Knäste als Produkte - Kontrolle Privat und überall. Mit Michael Lindenberg, Sozialarbeiter und Kriminologe sowie Jens Stuhlmann, Journalist und ehemaliger Gefangenensprecher.

Alle Veranstaltungen beginnen um 19.30 Uhr und kosten 3.- DM Eintritt.

Dienstag, d. 2. 3. 99, 19.00 Uhr; Gewerkschaftshaus Besenbinderhof 56:
Attraktive City
Privatisierte Wohlstandsinsel oder öffentliches Zentrum demokratischer Urbanität.
Mit Anna Bruns, GAL, Pia Peddinghaus, Sozialpolitische Opposition. Angefragt sind: Innensenator Wrocklage und VertreterInnen aus dem Einzelhandelsverband, der Wirtschaftsbehörde und der Gewerkschaft HBV.

Die Veranstaltungsreihe wird begleitet von der Fotoausstellung „Angst und Wunsch" von Brigitte Pagendamm und Marily Stroux. Eröffnung im Kölibri am 21. 1. um 18.30 Uhr.
Programmbegleitend findet im B-Movie eine Filmreihe statt (Jeweils Donnerstags - Sonntags im Februar um 20.30; Genaueres könnt ihr dem Veranstaltungsprogramm entnehmen).
VeranstalterInnen: GWA St. Pauli-Süd und B-Movie.
Kontakttelefon: Kölibri, 3193623.

Wehrmachtsausstellung in Kiel

Vom 8. 1. - 14. 2. 1999 wird die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Wehrmacht im Kieler Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, gezeigt (Täglich 10 - 19 Uhr).
Ein Bündniss zahlreicher Organisationen, Parteien und Einrichtungen organisieren aus diesem Anlaß ein Bgleitprogrammaus Diskussions- und Filmvernstaltungen und Vorträgen.
Das detaillierte Veranstaltungsprogramm kann bei folgender Telefonnummer angefordert werden:
Landesverband der Volkshochschulen, Tel.: 0431/ 97984-0
Anläßlich der Wehrmachtsausstellung ruft die NPD zu einer Demonstration am 30. 1. 99 in Kiel auf. Genaues zu Antifaaktionen lagen bei Redaktionsschluß leider nicht vor. Achtet also unbedingt auf weitere Ankündigungen.

Erklärung des Plenums der Roten Flora

Sowohl in der "Welt" vom 2., 3., und 4.12 als auch in der "Mopo" vom 19.12.98 sind innerhalb weniger Tage Artikel erschienen, die Unwahrheiten aufbauen und einen Angriff auf die Rote Flora darstellen. Hintergrund waren Gespräche von einigen Geschäftsleuten aus dem Viertel mit Bezirkspolitikern der SPD und eine Stellungnahme des Bezirksamtsleiters Hornauer zur Roten Flora. Da selbst die größten Lügen die Tendenz haben, irgendwann geglaubt zu werden, wenn sie nur lange genug wiederholt werden, wollen wir zu einigen dieser Verdrehungen Stellung beziehen.

1.) Von Bezirkspolitikern und Medien wird immer öfter die Rote Flora für Unmut im Schanzenviertel, vor allem jedoch für das Vorhandensein einer Drogenszene verantwortlich gemacht.
Für die verfehlte Drogenpolitik sind einzig und allein der Hamburger Senat und die Bundesregierung verantwortlich. Die Verfolgung von Handel und öffentlichem Konsum illegalisierter Drogen haben in vielen Großstädten zum Entstehen sogenannter offener Drogenszenen geführt. Diese Betroffenen der staatlichen und städtischen Politik müssen allzu oft als Manövriermasse für politische Interessen von "Law and Order"-PolitikerInnen dienen. Wenn jetzt die Rote Flora für die offene Drogenszene verantwortlich gemacht wird, dann dient dies lediglich zur Ablenkung von der eigenen Verantwortlichkeit.
Statt einer politischen Lösung setzt die Politik auf Vertreibung und Dezentralisierung. Dem steht die Rote Flora im Weg und folgerichtig soll sie weg. Was aber bundesweit und auch im Schanzenviertel gebraucht wird, ist eine andere Drogenpolitik. Es braucht eine unbeschränkte Freigabe. Außerdem sind bezahlbarer Wohnraum und eine materielle Grundversorgung für DrogenbenutzerInnen notwendig, damit diese wieder eine Wahl haben, wo sie sich zu welchen Bedingungen aufhalten wollen. Es braucht ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ein Ende der rassistischen Hetze, die im Nicht-Deutschen den Dealer und in ihm das Böse sucht.

2.) Die Position der Flora, DrogenbenutzerInnen nicht völlig auszugrenzen und diesen die Möglichkeit zu geben, hinter der Flora wenigstens ansatzweise wind- und wettergeschützt zu drücken, wird zur Ursache für eine "Verschlimmerung" der Zustände im Viertel erklärt.
Zuallererst: Wir werden dieses Minimum an Mitmenschlichkeit nicht aufgeben, selbst wenn dies mit unangenehmen Begleiterscheinungen verbunden sein sollte. Wir werden weder die Drogenszene vor unserer Haustür verjagen, noch werden wir tolerieren, wenn dies durch die Polizei geschieht.
Festzustellen ist jedoch: Die Druckmöglichkeit hinter der Flora "entlastet" die Situation im Stadtteil sowohl für AnwohnerInnen und Geschäftsleute, aber auch für DrogenbenutzerInnen. Wie das Drogenhilfeprojekt Fixstern in einer Erklärung im Juli 98 treffenderweise festgestellt hat, würde ohne diese Möglichkeit ein Teil der DrogenkonsumentInnen zwangsläufig wieder vermehrt in Hauseingängen, Spielplätzen oder Parks drücken müssen. Wir bieten eine Möglichkeit an und schieben unsere Verantwortlichkeit nicht weg. Die Flora hat immer betont, daß die Druckmöglichkeit kein Ersatz für erweiterte Kapazitäten und Räumlichkeiten in der Drogenhilfe (als erste Schritte zu einer Legalisierung) sein kann. Diese werden aber bekanntermaßen vom Senat verweigert. Somit ist er zu einem wesentlichen Teil an den schlechten Lebensbedigungen in der offenen Drogenszene Schuld. Auch hier wird von eigenen

Verantwortlichkeiten und Versäumnissen abgelenkt. Es war schließlich der Hamburger Senat und die Polizei, die Teile der Drogenszene vom Hauptbahnhof, St. Georg und dem Sternschanzenbahnhof vertrieben haben.

3.) Die Flora wird als Projekt für zerstörte Fensterscheiben oder Ladendiebstähle im Viertel verantwortlich gemacht.
Es fällt wirklich schwer, zu diesem Quatsch etwas zu sagen. Menschen, die hier im Stadtteil leben, wissen im Allgemeinen am besten, daß die Flora immer um "gute Nachbarschaft" bemüht war und ist. Wir waren und sind immer ansprechbar für NachbarInnen und sind nach wie vor immer versucht, Probleme aus der Welt zu schaffen. Die Flora für zerschlagene Scheiben und Ladendiebstähle verantwortlich zu machen, entbehrt jeder Grundlage. Die Flora unterhält keine Rollkommandos und treibt auch keine Schutzgelder ein und die, die dies behaupten, wissen am besten, daß dies nicht stimmt. Es sind schlicht Lügen, wenn ein Gewerbetreibender aus der Nachbarschaft der Flora behauptet, ihm wären fünfzehn mal im Jahr die Scheiben eingeschlagen worden. Das Schanzenviertel ist zudem weder ein "rechtsfreier Raum", noch werden hier täglich im Auftrag der Flora Scheiben eingeschlagen.
Wir sind als Stadtteilzentrum nach wie vor an der gemeinsamen Entwicklung von Widerstand gegen Umstrukturierung, Sozialabbau, Sexismus, Rassismus oder Faschismus interessiert. Dazu gehört auch ein korrektes Verhältnis zu unseren NachbarInnen.

4.) Die Flora ist ein unkommerzielles Projekt. Es gibt in der Flora keine bezahlten Stellen, niemand verdient dort Geld, alle Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Alles Geld, das reinkommt, wird als Spende betrachtet, geht an politische, kulturelle oder soziale Gruppen oder Projekte wie die Schwul-Lesbische-Filmtage, antirassistische und antifaschistische Arbeit oder zur Unterstützung anderer Zentren, an Betroffene von Repression oder an internationale Solidaritätsarbeit. Und natürlich dient das Geld auch dem Erhalt und Betrieb des Gebäudes für NutzerInnen aus dem Stadtteil und woandersher. Unter diesen Voraussetzungen bezahlt die Flora keine Steuern. Wohl aber werden Müllgebühren, Strom, Wasser usw.gezahlt. In der Roten Flora ist in den letzten Jahren eine riesige, sehr verantwortliche Aufbauarbeit geleistet worden. Wenn jetzt fehlende Genehmigungen beklagt werden, dann ist dies lediglich ein vorgeschobenes Instrument und der Versuch, politischen Druck auf die Flora zu erzeugen, um unsere Autonomie anzugreifen. Aus einer Ruine nach dem Abriss des alten Flora-Theaters (die der Senat zu verantworten hatte) ist erst über lange Jahre das Gebäude entstanden, über das heute gesprochen wird. Die Flora gäbe und gibt es nicht ohne die Flora. Wir sehen keine Berechtigung für ausgegrabene Ansprüche von Seiten der Stadt an das Gebäude.

5.) Es geht in der aktuellen Auseinandersetzung um mehr als nur die Flora. Es geht darum, widerständige Strukturen im Stadtteil zu disziplinieren, um damit einhergehend Umstrukturierung, Aufwertung und Ausgrenzung voranzutreiben. Schon heute ist die Schanze nicht auf dem absteigenden Ast wie immer behauptet wird, sondern sind hier die Mieten außergewöhnlich hoch, ist die Wohnlage begehrt und können immer mehr ärmere Menschen sich die Miete nicht mehr leisten, während reichere Leute einziehen. Die innerstädtischen Bereiche werden zunehmend zu exklusiven Räumen der Besserverdienenden. Welche Ziele ein neueingerichtetes Dreiergremium der Bezirke Altona, Mitte und Eimsbüttel zum Schanzenviertel verfolgt, liegt bei solcher städtischer Politik auf der Hand. Insbesondere beim Altonaer Bezirksamtsleiter ist deutlich, wohin der Wind weht. Während seine Sozialbehörde einerseits Sozialhilfe einstellt und Mietbeihilfen senkt, bzw. die MieterInnen zwingt, sich billigere Wohnungen zu suchen, die es dann häufig nur in anderen Bezirken gibt, will er andererseits die Schanze vor der angeblichen Verslumung retten und aufwerten. Die Flora wird als Projekt nach wie vor versuchen, mit anderen zusammen gegen eine solche städtische Politik Widerstand zu entwickeln.

Über die Qualitäten eines Bezirksamtschefs Hornauer jedoch, der sich für die oben beschriebene Medienhetze hergibt, an Lügenkonstrukten mitstrickt und dann damit über die Presse an uns herantritt, wollen wir uns an dieser Stelle lieber nicht auslassen.
Allerdings stellen wir schlußendlich fest, um Befürchtungen der Polizeiführung und Herrn Hornauers zu bestätigen und um bedeutungsvolle Fragezeichen der Morgenpost zu beantworten:

Autonomie heißt Unabhängigkeit!
ROTE FLORA BLEIBT!!!

Flora Plenum 21.12.98



Das ZK der Roten Flora nach erfolgreicher Verabschiedung der Pressemitteilung.

Transparenz in der Struktur?

Oder: Warum wir vielleicht bald gar nichts mehr verkaufen...

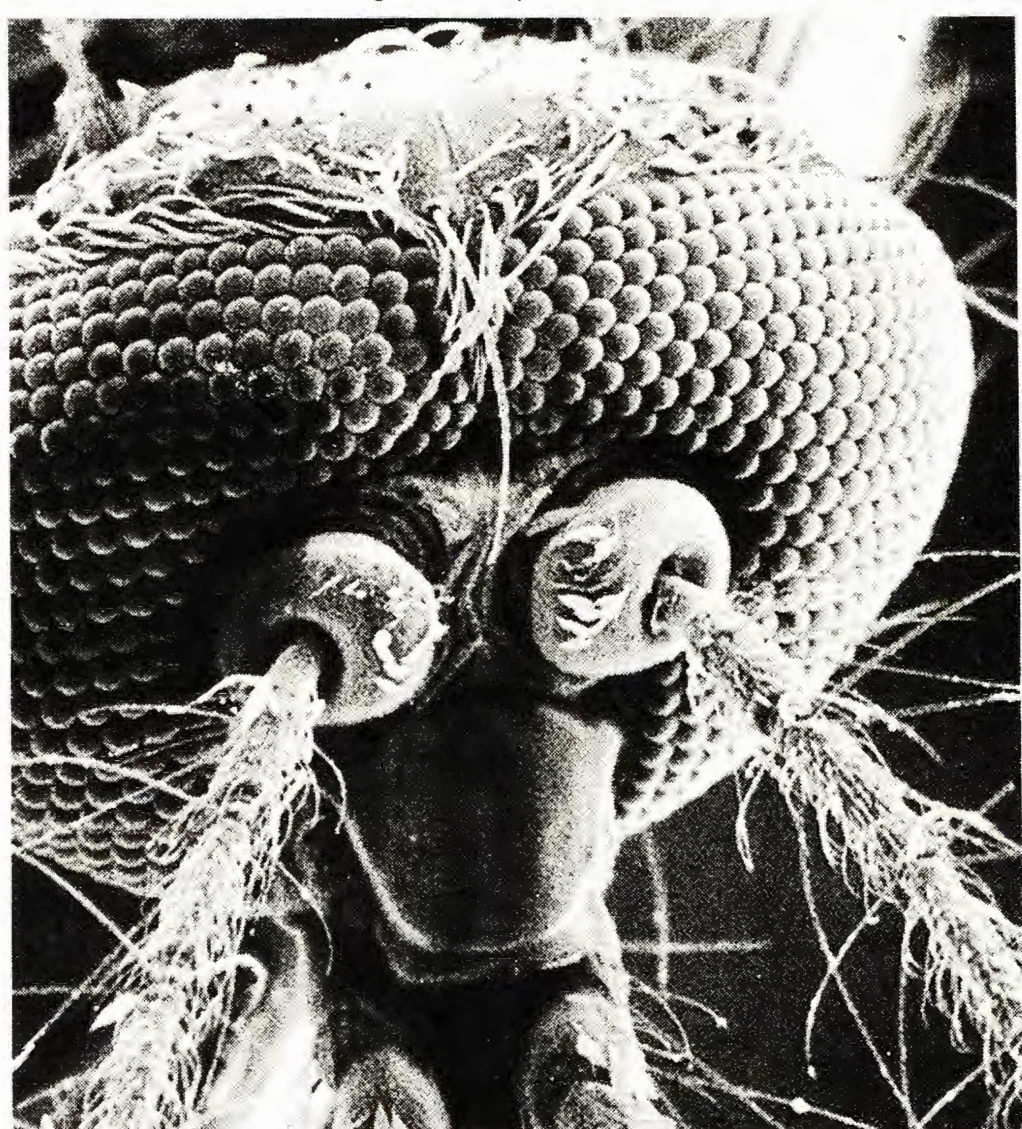
Wir melden uns hiermit nach doch langer Zeit endlich zu Wort – und das vielleicht zu etwas ganz anderem als erwartet, nämlich zu uns selbst bzw. zum Infoladen Schwarzmarkt als solchen.

Dabei geht es uns nicht darum, unter gewesene oder auch fortwährende Diskussionen einen Schlußstrich ziehen zu wollen, von anderen Diskussionen, zu denen wir uns durchaus mal zu Wort melden könnten oder vielleicht auch sollten, abzulenken oder ähnliches. Vielmehr geht es darum, unsere momentane Situation zu schildern, unsere Schwierigkeiten darzulegen, um den Infoladen mehr ins Gespräch zu bringen. Sicherlich wäre es sehr sinnvoll gewesen, wenn wir genau das längst und zu viel früherer Zeit getan hätten. Statt dessen entschieden wir uns vor ca. zwei Jahren dafür, erstmal unter uns zu reden - also erstmal mit denen, die den Infoladen machen -, um gemeinsame Positionen und eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Heute müssen wir ehrlicherweise zugeben: Dies ist uns so nicht gelungen. Sicherlich haben wir in den letzten zwei Jahren mehr als einmal über den Infoladen diskutiert. Resümierend muß jedoch gesagt werden, daß wir im Prinzip nicht viel weiter sind als am Anfang. Aber vielleicht liegt das gerade an der Entscheidung, isoliert von unserer politischen Umgebung eine Perspektive finden zu wollen. Obwohl doch eigentlich auf der Hand liegen müßte, daß das so nicht funktionieren kann – ist ein Infoladen doch nunmal kein linksradikaler Zeitungskiosk (sollte es zumindest nicht sein) und die Leute, die ihn nutzen (oder eben halt auch gerade nicht) sind dessen existentieller Bestandteil. Ohne die Einbeziehung der Bedürfnisse dieser in jegliche Überlegungen bezüglich des Schwarzmarktes, ist ein Weiterkommen nur schlecht und unzureichend möglich. Das heißt also, wir allein können die generelle Notwendigkeit eines Hamburger Infoladens realistisch nur sehr schwer einschätzen – schließlich würden wir ja keine Kraft und Zeit in ihn investieren, wenn wir ihn nicht wichtig fänden. Genau über diese Notwendigkeit wollen wir diskutieren und wenn diese grundsätzlich besteht (wovon wir eigentlich erstmal ausgehen), natürlich auch darüber, was sich am Infoladen verändern ließe, um diese über das Grundsätzliche hinauswachsen zu lassen. Momentan bleibt uns doch nur zu sagen, daß die einzig wirkliche Klarheit, die wir haben, die ist, daß es so wie es ist nicht bleiben kann, ohne daß das Projekt Infoladen nicht unweigerlich zum Scheitern verurteilt wäre.

Was wir im folgenden tun wollen, ist einerseits der Versuch einer Situationsbeschreibung, anderseits die Darstellung verschiedener zukunftsbezogener Thesen – mehr leider nicht. Daran knüpft sich für uns wie gesagt die Hoffnung, eine Diskussion um den Infoladen als vermeintlichen Bestandteil einer linksradikalen Bewegung anzuregen.

It was, it is and it will be?

Das offensichtlichste Problem des Hamburger Infoladens ist die seit geraumer Zeit ausbleibende "Kundschaft". Dabei geht es natürlich nur zweitrangig darum, daß es dadurch für die Leute, die da "rumhängen" nicht unbedingt immer sehr spannend ist. Entscheidender ist dagegen die Frage, was das für einen Infoladen eigentlich heißt, was es über dessen generelle Notwendigkeit aussagt. Zunächst wollen wir jedoch versuchen, die Gründe für ein solches Ausbleiben aus unserer Sicht zu skizzieren.



Die NutzerInnen des Ladens lassen sich – so denn gewollt – seit jeher im Prinzip in verschiedene Gruppen, mit unterschiedlichen Motivationen, den Schwarzmarkt zu betreten, einteilen.

Zum einen sind es Leute des linksradikalen Spektrums aus anderen Städten oder auch Ländern, für die der Schwarzmarkt oftmals als erste Anlaufstelle dient – oder zumindest Teil des politischen Pflichtprogramms ist -, um einen kleinen Eindruck zu gewinnen, "was in Hamburg so läuft". Zum anderen fungiert bzw. könnte der Schwarzmarkt als Schnittstelle zu linksradikaler Politik, hauptsächlich für junge Leute mit Interesse meist an Antifa- oder Anti-AKW-Politik, fungieren. Diese Funktion ist unseres Erachtens sehr wichtig, bietet die sogenannte Szene doch kaum An-

sprechmöglichkeiten für Leute außerhalb dieser. Allerdings bewegt sich diese Funktion momentan hauptsächlich auf der Dienstleistungsebene mit relativ wenig Interaktion.
So ist und bleibt einer der existentiellen Bestandteile eines Infoladens die Gruppe von NutzerInnen, die aktiv in Hamburg Politik betreibt und diese in den Laden hineinträgt.
Daß im Gegensatz zu früheren Zeiten weniger Leute mit einfach erstmal dem Interesse an linker Politik in den Schwarzmarkt kommen, ist unser Meinung nach zum Teil ein Problem des mangelnden Bekanntheitsgrades – ein Problem, welches sich mit einer "guten Werbestrategie" wahrscheinlich aus dem Weg räumen ließe. Sicherlich spielt die fehlende Attraktivität der Linken allgemein und das generelle Desinteresse an linksradikaler Politik eine entscheidende Rolle. Dies ist jedoch eine Problematik, die die gesamte Linke betrifft und wo es auch gewiß mehr als notwendig erscheint, neue Wege zu suchen und zu finden.
Zurück zum Schwarzmarkt im Konkreten. Wie gesagt, in aktive Politik involvierte Leute sind von existentieller Bedeutung für einen Infoladen. Weil sie es sind, die uns Informationen geben, die Inhalte vermitteln, die den Schwarzmarkt zu einer Art Knotenpunkt machen können. Offensichtlich ist jedoch: Sie wollen es nicht. Und wie eigentlich alles auf der Welt, hat auch dies wiederum seine Gründe.
Auf zwei von ihnen möchten wir hier ansatzweise eingehen.
Eine nicht unbeträchtliche Zahl an NutzerInnen hat sich im Zuge der Diskussion um die Arranca! Nr. 8 sowie den verschiedenen darauffolgenden Ereignissen und Konflikten vom Infoladen verabschiedet. Folge davon war die Verlagerungen – z.B. des Broschürenverkaufs – auf den Buchladen im Schulterblatt und andere Läden oder Zentren. Daß diese Leute gesagt haben "Da gehen wir nicht mehr hin", ist Produkt einer vehementen Kritik am Infoladen Schwarzmarkt in einer konfliktreichen und vielleicht auch etwas hochgeschaukelten Situation. Das ist jetzt gut zwei Jahre her, doch sicherlich wäre es möglich, die damaligen Konflikte aufzuarbeiten, schließlich stehen einige Kritikpunkte auch weiterhin im Raum. Allerdings muß auch gesehen werden, daß sich in den letzten zwei Jahren im Schwarzmarkt etwas geändert hat. Mittlerweile läßt sich durchaus von einem kompletten Generationswechsel sprechen. So hat der eine Teil von uns die damaligen Entscheidungen mitgefällt, der andere ist neu dazugekommen. Von daher würden wir uns heute anstatt einer doch mühevollen und wahrscheinlich wenig erfolgversprechenden Aufarbeitung eher eine Diskussion wünschen, die ihr Hauptaugenmerk auf die heutige Situation legt, sich um Veränderungen, eventuelle Richtungswechsel und letztendlich um einen Blick in die Zukunft dreht, ohne daß das heißen muß, die damaligen Kritikpunkte nicht einfließen lassen zu können. Das heißt aber auch, eine Diskussion gerade mit denen, die dem Infoladen aufgrund ihrer Kritik ablehnend gegenüberstehen.
Es gibt aber auch Leute, die durchaus aktiv Politik betreiben, mit diesen alten Konflikten jedoch nichts zu tun haben, vielleicht nicht einmal um diese wissen und die trotzdem den Schwarzmarkt nicht nutzen. Die einzelnen Gründe hierfür können wir nicht mehr als vermuten und unser Bild konnte bislang nur durch "private" Gespräche mit einzelnen entstehen. Fakt ist jedoch eine verloren gegangene zwingende Notwendigkeit eines Hamburger Infoladens: Es schließt sich nunmal keineswegs aus, politisch aktiv zu sein, ohne jemals den Schwarzmarkt auch nur betreten zu haben. Es gibt heute andere Möglichkeiten seine Funktionen zu kompensieren, an Informationen zu gelangen oder einen Austausch zu ermöglichen. Und genau das wirft die Frage auf: Wenn es auch anders funktionieren kann und bereits funktioniert, wofür ein Hamburger Infoladen? Und wenn klar sein sollte wofür, wie müßte sich dieser gestalten?

What ever will be - the future´s not ours to see?

Tja, und jetzt?
Angenommen also, wir stellten die vielbesagte Notwendigkeit eines Infoladens überhaupt in Frage – wie gesagt, Informationen kriege ich auch über´s Internet, andere Leute kann ich auch in der B5 treffen, meine Interim hole ich mir im Buchladen Schulterblatt und ein Postfach für die eigene Gruppe kann ja wohl auch nicht das große Problem sein. Heißt das dann, ihn einfach zu schließen? Oder gibt es vielleicht doch den einen oder anderen Vorteil an seiner Existenz und eine Notwendigkeit muß neu bestimmt und umgesetzt werden? Keine Frage, zumachen wäre dann doch ein bißchen zu einfach und auch nicht die einzige Antwort auf diese Frage - wollen wir nicht, haben wir nicht vor, es sei denn, es kristallisiert sich irgendwann heraus, daß das alles so ziemlich eine sinnlose Zeit- und Kraftvergeudung ist. Wir hängen am Schwarzmarkt, aber sich von ihm kaputtmachen zu lassen, ohne daß irgendwer irgend etwas davon hat, geht dann doch zu weit. Doch es gibt auch andere Möglichkeiten. Vielleicht sind die internen Strukturen des Infoladens viel zu eingefahren für eine wirklich grundsätzliche und nach vorne bringende Veränderung – so denn gewollt. Dann ließe sich z.B. über einen kompletten personellen Wechsel, sozusagen über die Übergabe des Projektes, nachdenken. Das hieße also, der Infoladen würde öffentlich ausgeschrieben, wir würden sagen: "Hier, das ist er, nehmt ihn, macht was draus, wie auch immer und auf Wiedersehen." Das wäre eine Möglichkeit. Doch damit es so weit nicht kommen muß, erhoffen wir uns von einer Diskussion neue Anstöße und Ideen, um mittels dieser nicht nur beim träumen bleiben zu müssen, sondern bestehende Probleme gemeinsam aus dem Weg räumen zu können.
Oder es fänden sich einzelne Gruppen, die einzelne Tage übernehmen und diese dadurch inhaltlich bestimmen könnten. Wir würden allerdings aufgrund früherer Erfahrungen zu bedenken geben, daß es beträchtliche Schwierigkeiten geben kann, wenn die einzelnen Tage isoliert voneinander bestehen und sich nicht in direktem Bezug zueinander befinden. Trotzdem auf jeden Fall eine Überlegung wert. Für eine solche Variante müßte zudem aber auch erstmal geklärt werden, ob ein Infoladen als Infoladen Politik machen soll mit dem was er tut oder ob es lediglich um die Bereitstellung von Möglichkeiten geht. Allerdings ist das eine Diskussion, die in Zukunft sowieso einmal mehr geführt werden muß.
Um auch mal eine Möglichkeit durchzuspielen, die nicht alles über den Haufen wirft: Denkbar wäre auch die Gewährleistung des organisatorischen Rahmens durch "Infoladenleute" in Kombination mit Leuten aus unterschiedlichen politischen Bereichen, die an verschiedenen Tagen ansprechbar wären, sich an "ihrem" Tag jedoch nur um den jeweiligen Bereich kümmerten.
Vielleicht läßt sich der Infoladenteil auch mit etwas anderem als einem Buchladen verbinden – vielleicht ein Café, obwohl da gibt es ja eigentlich schon z.B. die B5 -, um dem ganzen eine andere Ausrichtung zu geben. Die Bücher kauft eh niemand, also weg damit.
Oder aber wir packen den Infoladen in ein paar Kisten, zögen um und fusionierten mit einem der anderen bestehenden Projekte.
Wahrscheinlich ließe sich hier noch eine Menge mehr ausdenken und aufzählen, vielleicht ist das alles auch Quatsch oder geht in eine völlig falsche Richtung. Außerdem setzt es ein "Ja" auf die Frage voraus: "Braucht Hamburg zukünftig einen Infoladen?" Wir sagen immer noch "Na klar!", aber es ist längst nicht mehr bei allen so vehement und letztendlich sind nicht nur wir es, die das zu entscheiden haben. Entscheiden tun auch die, die den Infoladen nutzen oder nicht – wenn wirklich niemand mehr kommt, ist die Entscheidung gefallen.

This is the end

Wir wissen, in diesem Text fehlt ganz viel. Doch wir begreifen ihn als ersten Schritt bzw. Versuch und werden hoffentlich nicht wieder in jahrelanges Schweigen verfallen.
Worüber wir uns hier u.a. nicht ausgelassen haben, sind die doch nicht unerheblichen finanziellen, personellen und organisatorischen Probleme, die uns der Schwarzmarkt bereitet. Aber erstens würde dies sehr schnell zum Jammern führen und zweitens befinden wir diese Fragen für zweitrangig, auch wenn sie vielleicht seine Existenz gefährden.
Doch Kraftakte sind möglich, wenn klar ist wofür.

Infoladen Schwarzmarkt, Winter 1998/99

cross the border –

nachdenkliche Grenzgänge auf engstem Raum

Erst einmal möchte ich sagen, was ich nicht kann und will, nämlich kurz und bündig die Geschichte des radikalen Antirassismus in der alten und neuen Bundesrepublik nachzuzeichnen. Versuchen werde ich, entlang einschneidender Ereignisse der letzten zehn Jahre unsere Erfahrungen und Überlegungen zu diesem Thema zusammenzutragen. Denn unser eigenes Handeln und Tun läßt sich eher als Prozeß, als ein sich langsam zusammenfügendes Puzzle beschreiben denn als Standpunkt, den wir bereits vor 1989 klar gehabt hätten. Weder die Autonomen noch die Antifa-Gruppen waren zu diesem Zeitpunkt in der Lage, sich auf ein erfahrbares und in Grundsätzen übereinstimmendes Selbstverständnis von Rassismus und Nationalismus zu beziehen.

Zwar existierten aus den 60er und 70er Jahren Auseinandersetzungen mit dem deutschen Faschismus und dem Nachfolgestaat BRD, doch weder wurden die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Notstandsgesetze 1968 noch die Erfahrungen mit dem „Modell Deutschland" aus der Schmidt- und Krisenstab-Ära 1976 aufgearbeitet.



Das spiegelte sich auch in der theoretischen Auseinandersetzung wider, die zumindest in dieser Zeit heftig geführt wurde. Bei allen Unterschieden stimmte man doch darin überein, daß eine Faschisierungstendenz in dieser BRD auszumachen ist, wobei man sich eher über den Grad stritt (der bis zur Behauptung einer faschistischen Kontinuität reichte) als über die These selbst. Gestritten wurde vor allem darüber, von wo diese Gefahr droht, aus dem (Staats-)Inneren oder über den wachsenden Einfluß neonazistischer Parteien wie die NPD etc.

Abgesehen davon, daß wir die Faschisierungsthese für sehr fragwürdig halten, blieb jedoch bei allen Ausdeutungen ein ganz wesentlicher Punkt blind sowohl in historischer als auch in aktueller Hinsicht: das Leugnen einer aktiven Massenbasis des Nationalsozialismus und die Virulenz deutsch-nationaler, antisemitischer Weltbilder in der Mitte dieser Nachkriegsgesellschaft. Historisch wie aktuell überwog die Einschätzung, daß es sich bei der „Masse" um verführte, von oben gelenkte Menschen handelt, deren an sich berechtigter Protest gegen die bürgerliche Gesellschaft nur in falsche Bahnen gelenkt wurde. In diesem Sinne kamen auch die Materialien für einen neuen Antiimperialismus zu dem Schluß: „In der Gewalt der Zukurzgekommenen sehen wir eine Form der proletarischen Selbstfindung unter schlechten Emblemen."(Nr.5, S. 24) Diese linken Entschuldigungen, der theoretische Versuch, sie für eine revolutionäre Veränderung bereitzuhalten, anstatt sich dieser Konfrontation zu stellen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des deutschen Antifaschismus. Doch das war nicht nur ein theoretisches Problem, sondern auch und vor allem ein ganz praktisches. Nationalsozialismus und deutscher Antifaschismus standen sich zwar ideologisch und lebensgeschichtlich unversöhnlich gegenüber, aber sie haben auch viel miteinander geteilt: (Partei-)Soldatentum und Führerkult, autoritäre und patriarchale Lebensauffassungen, Arbeitsethos und (männliche) Arbeitermythen, antisemitische Feindbilder und nationalistische Selbstfindungen. Das war ein ganz wesentlicher Grund für die Niederlage der antifaschistischen Volksfront der 30er Jahre, und daran hat sich bis heute nicht all zu viel geändert.

Sowohl die Faschisierungsthese als auch die Verharmlosung einer Massenbasis für deutsch-nationale, antisemitische Weltbilder erklären zum Teil die geradezu erschreckende Hilflosigkeit gegenüber dem, was nach 1989 folgte. Denn wenn man zum Beispiel die Faschisierungsthese der 70er Jahre ernst nimmt, bleibt die Frage mehr als unbeantwortet, wie man diese noch steigern kann, wenn man die Asyl„mißbrauchs"kampagne oder die Abschaffung des Asylrechts systematisch werten will, ohne beim Faschismus zu landen.

Vorauszuschicken ist gleichfalls, daß die sozialen und militanten Bewegungen der 80er Jahre an die Grenzen ihres Lebensgefühls („lebe wild und gefährlich") gestoßen sind. Es war nicht nur die Repression, der sie nicht standhalten konnten. Und es war nicht nur die enorme Integrationskraft dieses Systems, die Bruchstücke der Bewegung legalisierte, „Mißstände" vereinnahmen und ihre staatliche Bekämpfung zur Dynamisierung des Systems nutzen konnte. Es war eben auch das Ende eines Lebensgefühls, das sich manchmal geradezu großkotzig „außerhalb" dieses Systems wähnte und daran mehr leise und kleinlaut als streitbar kaputt ging, als es darum gegangen wäre, die eigene Teilnahme an diesem System zu thematisieren und zum existentiellen Ausgangspunkt für militante Kämpfe zu machen.

Das große Ende der Systemkonkurrenz- die Wiedervereinigung eines ganz „normalen" Rassismus mit einem völlig „gesunden" Nationalismus

Diejenigen, die sich vor 1989 mit der DDR beschäftigt haben, sind an einer Hand abzuzählen. Den meisten von uns lag Nicaragua oder El Salvador schlichtweg näher. Kein Wunder also, daß uns alle die Implosion der DDR überraschte und die Folgen, die diese auf die Gesamt-BRD haben würde, völlig unklar waren. Ich kann mich noch daran erinnern, daß einige von uns die sich anbahnende Entwicklung mit scheinbar souveränem Desinteresse verfolgten. Da sich unsere Kämpfe eh nicht um Grenzen und Nationen scheren, so ihre These, spielt der mögliche Zusammenbruch der DDR lediglich eine ideologische Rolle, deren unsinnige Bedeutung nur davon ablenkt, daß der eigentliche Kampf zwischen Oben und Unten stattfindet. Mit oder ohne DDR. Basta.

In den folgenden Jahren mußten wir alle – recht schmerzhaft – lernen, daß Rassismus und Nationalismus keine Hirngespinste sind, die an der sozialen Realität, am Wa(h)ren Gegensatz von Reich und Arm, zerplatzen werden. Es ging und geht um die mühsame erarbeitete Erkenntnis, daß Rassismus und Nationalismus ideologische Konstrukte und gesellschaftliche Realität sind, Schein und Wirklichkeit, erfunden und vorfindbar. Und sicherlich waren für viele von uns erst die Ereignisse von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, die breite Zustimmung zur Abschaffung des Asylrechts Anstoß dafür, Rassismus nicht nur als eine Herrschaftsideologie von oben zu begreifen, sondern eben auch als die Ideologie privilegierter Teilhabe von unten.

Die spezifische Geschichte des Rassismus und Antisemitismus in Deutschland, das als Unterwerfung gelebte Nationalbewußtsein erklären für uns ganz wesentlich, warum in Deutschland Revolutionen nur als Vor- und Selbsttäuschung Erfolg haben konnten: zum einen die nationalsozialistische der 30er Jahre und zum anderen die „friedliche" von 1989. Abgesehen vom Trennenden, nicht Vergleichbaren, tauchen in beiden zwei sehr ähnliche Motive auf: am Anfang das Erleben, Opfer zu sein, und am Ende das mörderische Privileg, deutsch zu sein. Wenn wir ehrlich sind, hatte niemand von uns eine klare Vorstellung davon, welche Auswirkungen die friedliche Übergabe

dieses Sozialismus an die „Erzfeinde“ haben sollte.
Auch wenn die DDR keine reale Alternative zum westdeutschen Kapitalismus war (wer wollte von uns wirklich „rüber“), hielt alleine deren staatliche Existenz die Erinnerung an die militärische Kapitulation des „1000jährigen Reiches“ wach. Denn die DDR war vor allem eine Folge des verlorenen Krieges, am allerwenigsten das Ergebnis eines massenhaften Wunsches nach Systemüberwindung. Auch wenn die SED Rassismus und Antisemitimus mit der Aufhebung privatkapitalistischer Produktionsweisen beseitigt sah und deren Aktualität in den kapitalistischen Westen exportierte, so belegt das enorme und wirklich beängstigende Potential an neonazistischen Gruppen und deutsch-nationalen Sympathien in der Ex-DDR eines ganz eindringlich: Es ist gerade nicht damit getan, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen und stillschweigend davon auszugehen, daß damit die Wurzeln des Rassismus und Antisemitismus beseitigt seien. Die breite Verankerung neonazistischer Gruppen im Osten ist für uns ein erschreckendes Beispiel dafür, daß Rassismus und Antisemitismus Gewaltverhältnisse darstellen, die sich nicht umstandslos aus dem Kapitalismus ableiten lassen – schon gar nicht, wenn man Kapitalismus auf den Besitz von Privateigentum reduziert.
Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks und des „Ablegers“ DDR verlor ein über Jahrzehnte geformtes Feindbild seine Wirkungskraft, und wir alle hatten keine Vorstellung davon, was die Neubestimmung eines Feindbilds für Folgen haben könnte. Heute sind es in vergemeinschafteter Form die „verbrecherischen Wanderbewegungen“ à la Kanther, heute ist es der als Flüchtling verkleidete „Wirtschaftsasylant“.
Die von der CDU bis zur SPD getragene „Asylflut“-Kampagne hatte gerade Anfang der 90er Jahre nicht nur zum Ziel, dieses „neue“ Feindbild zu versinnlichen – wobei genauer von einer Zentrierung eines bereits existierenden Feindbilds gesprochen werden muß. Mit dem „Mauerfall“, mit dem Wegfall zweier deutscher Staaten, war zugleich realpolitisch der Weg frei, am Mythos eines gemeinsamen Volkswillens, am rassistischen Wahn eines homogenen Ganzen anzuknüpfen. Die Wiedervereinigungs-Rhetorik bediente sich dieser stillen und stillgelegten Reserven.
Angesichts des offen propagierten Nationalbewußtseins, des mörderischen „Stolzes, ein Deutscher zu sein“, warnten einige von uns vor einem neuen alten Faschismus. Wir widersprachen. Unser Kampf gegen Rassismus braucht nicht den Faschismus vor Augen, uns reicht der Kapitalismus, der endlich so normal sein will wie der amerikanische oder französische, mit allen ganz normalen imperialen Ansprüchen, die sich daraus ergeben. Es reicht uns, wenn diese BRD alles daran setzt, die auferlegte, historisch begründete Zurückhaltung abzuschütteln, wenn sie alles daran setzt, die Verbrechen der Nazidiktatur anderen Staatsverbrechen ähnlich zu machen. Denn es ist klar, worum es geht. Ist dieser besondere „Makel“, die Einzigartigkeit des Holocaust, erst einmal beiseite geräumt, ist Platz für einen „gesunden“ Nationalismus, dessen einzige Moral darin besteht, nicht schlimmer zu sein als der anderer Nachbarstaaten.



Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mannheim-Schönau... Pogrome der Straße unter der Schirmherrschaft einer großen Koalition

Es war die Zeit des Entsetzens und die Zeit einer kaum erträglichen Ohnmacht. Kaum ein Tag verging ohne eine Zeitungsmeldung, ohne einen Fernsehbericht, in dem von neuen rassistischen Angriffen berichtet wurde. Hätte mir vor fünf Jahren jemand erzählt, daß es wieder zu solchen „Volksstürmen“ kommt – diesmal ohne eine zentrale Führung –, ich hätte ihn/sie für bekloppt gehalten. Und das nicht, um der Volmerschen These von der „grundlegenden Zivilisierung dieser Gesellschaft“ Glauben zu schenken, sondern aufgrund der realpolitischen Einschätzung, daß dieser Staat das Monopol auf Rassismus nicht aus der Hand geben wird, daß er nicht einmal den Eindruck aufkommen lassen will, dem „Druck der Straße“ zu weichen oder gar zu gehorchen.
Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD wurden zur Abschaffung eines Grundrechtartikels nicht nur die Abgeordneten fast aller Parteien mobilisiert, sondern auch der rassistische Terror der Straße. Immer wieder griff derselbe blutige Mechanismus: Die „Asylflut“-Kampagne von Regierung und Nicht-Regierung markierte und lokalisierte die Opfer, während sie gleichzeitig die potentiellen Täter/innen argumentativ ausrüstete und mit der moralischen Legitimation eines „übergesetzlichen Notstandes“ ausstattete. Diese handelten de facto im Auftrag des Staates, der sich so lange „Handlungsunfähigkeit“ bescheinigte, bis das Grundrecht auf Asyl abgeschafft war. Dann passierte geradezu erwartungs- und wunschgemäß ein rassistischer Anschlag. Dieser wurde je nach mörderischem Erfolg heuchlerisch bedauert, um im selben Atemzug wirkliches Verständnis für die „berechtigten Sorgen und Ängste der deutschen MitbürgerInnen“ zu bekunden. Dem folgte die Aufforderung fast aller Parteien, schleunigst das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen, mit dem unausgesprochenen Versprechen, den Terror der Straße in ein geregeltes und geordnetes Verfahren überzuleiten.
Selten habe ich unseren Widerstand so hilflos erlebt, selten kamen mir unsere Reaktionen so symbolisch und wirkungslos vor. Wir konnten die Angriffe auf Flüchtlingsheime nicht verhindern, und die meisten Gegendemonstrationen, Tage oder Wochen später, hatten etwas Gespenstisches und lächerlich Drohendes.
Wir haben mehrere Demonstrationen in Mannheim-Schönau mitorganisiert, wo ein Flüchtlingsheim mehrere Tage belagert wurde. Die Antifa- und antirassistischen Gruppen vor Ort sahen sich nicht in der Lage, eigenständig zu agieren. Es wurde regional mobilisiert, um überhaupt das Zutrauen zu stärken, dort zu intervenieren. Das Gefühl jedoch, sich auf feindlichem Terrain zu bewegen, blieb, und die Erfahrung, eigentlich alle und alles gegen sich zu haben, begleitete einen auf Schritt und Tritt: von der dort regierenden SPD angefangen, über die Mehrheit der Bevölkerung in der angrenzenden Arbeitersiedlung bis hin zur Polizei.
Die letzte große Demonstration, für die wir bundesweit mobilisierten, hatte das Ziel, die Bevölkerung in Mannheim-Schönau nicht als verführte und fehlgeleitete Opfer anzusprechen, sondern als aktiv und passiv Teilhabende zu konfrontieren. Der Mannheimer Bürgermeister kam dieser Absicht zuvor, stellte sich abermals vor seine lieben MitbürgerInnen auf der Schönau, garantierte Schutz vor all den „auswärtigen Unruhestiftern“ und erließ ein Demonstrationsverbot für ganz Mannheim-Schönau. Dennoch gelang es einem Teil von uns, über Schleichwege zumindest den angrenzenden Nachbarort zu erreichen. Von dort aus wollten wir zu Fuß nach Mannheim-Schönau. Die zumindest in dieser Situation überraschte Polizei blockierte in aller Eile den Weiterweg, bis sie eine Demonstration in diesem Nachbarort zuließ. Sicherlich war es überhaupt ein Erfolg, das erlassene Demonstrationsverbot zu durchbrechen. Doch eine Demonstration durch menschenleere Gassen hinterläßt schlichtweg das Gefühl, mehr etwas für sich selbst getan zu haben als gegen die Verhältnisse.
Die geradezu täglichen Angriffe auf Flüchtlinge, MigrantInnen, Behinderte, Langhaarige und alles, was nicht „deutsch“ aussieht, die offene Sympathie der Schaulustigen und die Gleichgültigkeit derer, die



zu Hause blieben, ließen bestenfalls punktuelles Handeln zu. Wir zogen uns im wahrsten Sinne des Wortes zusammen.
Es gibt sicherlich viele Fragen, die gerade in dieser Zeit aufgeworfen wurden und Ratlosigkeit und Zerwürfnisse zurückließen. Die für uns wichtigsten Fragen waren und bleiben: Warum haben die meisten von uns mit Flüchtlingen und MigrantInnen erst etwas zu tun bekommen, als sie Opfer rassistischer Angriffe wurden? Warum hatten, warum haben wir so wenig mit ihnen zu tun, als Handelnde, als Subjekte? Und birgt nicht das Fehlen eines alltäglichen Umgangs mit ihnen die Gefahr in sich, daß wir sie dann, in der Theorie zumindest, mit einer Subjekthaftigkeit umgeben, die ihren realen Lebensbedingungen und -vorstellungen nicht entspricht? Ich denke da nur an das positiv überladene Bild vom ortsungebundenen, nomadisierenden Leben, das sich mit Entschlossenheit und „irrsinniger Energie" auf den Weg in die Metropolen macht, um sich den geraubten Reichtum zurückzuholen...

Der rechte Zeitpunkt für Lichterketten oder Die Ökonomie des Rassismus

Zum Marketing der Lichterketten gehört – wie im ganzen Wirtschaftsleben – der richtige Riecher. Als Flüchtlingsheime brannten, als Flüchtlingsheime belagert wurden, als die Polizei gerade Schichtwechsel hatte, war von den Lichterketten, den „anständigen Deutschen" weit und breit nichts zu sehen. Erst als der sogenannte Asylkompromiß in greifbare Nähe rückte, als der legale Verfassungsbruch parteiübergreifend zum Konsens heranreifte, war der rechte Zeitpunkt gekommen, sich auch öffentlich vom rassistischen Terror abzuwenden und staatliche Übernahme, sprich ein geregeltes, kalkulierbares Verfahren, einzufordern. Mit Macht, Geld und riesigen Plakatwerbungen meldete sich die Wirtschaft zu Wort, um den „überschüssigen" Rassismus als eine Gefahr für den Standort Deutschland zu brandmarken. Auf einmal entdeckte man die Mehrzahl ausländischer MitbürgerInnen, die viele Steuern, viele Sozialabgaben und viel zu viel Rentenbeiträge bezahlen. Es war die Zeit der Statistiker, die uns laut vorrechneten, was „wir" an den ausländischen MitbürgerInnen alles verdienen. Es war die Zeit der André Hellers und der Genießer, die uns vorführten, welche kulturelle und kulinarische Bereicherung wir aus deren Anwesenheit ziehen. Es war an der Zeit, die nützlichen Ausländer zu entdecken, die für wenig Geld viel arbeiten, alles geben. Wie sagte doch Daniel Cohn-Bendit, Chef des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, so treffend: „Menschen, die um ihr Überleben kämpfen, haben eine irrsinnige Energie...", und es wäre doch blöd, verehrte Unternehmer und Kleinbürger, diese nicht zu nutzen. Das sagte er nicht, es sollte aber genau so verstanden werden.
Die Ökonomie des Rassismus machte also gegen das Primat der Ideologie mobil, propagierte die Spannung statt die Erlösung, beschwor die energetische Mischung statt die statische Reinheit, betonte das kapitalistische Kalkül, den Wert eines Menschen zuallererst nach seinem Nutzen zu bestimmen und nicht nach seiner Hautfarbe oder Herkunft. Es ging darum, die Produktivkraft rassistischer Verhältnisse gegen die in ihr angelegte Vernichtungsbereitschaft zu verteidigen.
Das Erschreckende an dieser Lichterketten-Argumentation ist, daß den „anständigen" Deutschen vom „häßlichen" Deutschen nur noch eines trennt: die unterschiedliche Berechnung des Nutzwertes eines Menschen und die unterschiedliche Erfahrbarkeit des unbestrittenen Privilegs, „deutsch" zu sein. Auch der Zeitpunkt des Verlöschens der Lichterketten sagt viel über das Ansinnen ihrer Initiatoren und TeilnehmerInnen aus. Mit der Abschaffung des Asylrechts per Zweidrittelmehrheit im Mai 1993 war der mehrheitliche Wunsch nach einer staatlichen Lösung vollauf befriedigt. Die BRD umgab sich per Definition mit lauter „sicheren Drittstaaten" und exportierte so die mörderische Last, die „überflüssigen Esser" loszuwerden, außer Landes, außer Sichtweite.
Das überwältigende Motiv der Lichterketten, von der Unmittelbarkeit rassistischer Gewalt verschont zu werden, ist die eine Seite. Die Kehrseite davon war und ist, daß der antirassistische und antifaschistische Widerstand ganz wesentlich gerade diese Unmittelbarkeit zur Mobilisierung brauchte. Der staatlich organisierte Rassismus, der unspektakuläre, scheinbar unblutige Rechtsweg stand nie im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Kämpfe. Lübeck ist dafür ein erschreckendes Beispiel. Es reichte, dem sich formierenden Widerstand die Opfer streitig zu machen, diese – medial und staatsanwaltschaftlich – zu Tätern zu machen, um den Protest in sich zusammenbrechen zu lassen. Die Existenz eines Flüchtlingsheims, die alltägliche Diskriminierung gegenüber Flüchtlingen, die Alltäglichkeit der Abschiebepraxis, die Wahrscheinlichkeit eines rassistischen Mordanschlags reichten nicht aus – sie beunruhigen auch uns kaum noch.

Der legale Verfassungsbruch 1993 – „Die Brandstifter sitzen in Bonn"

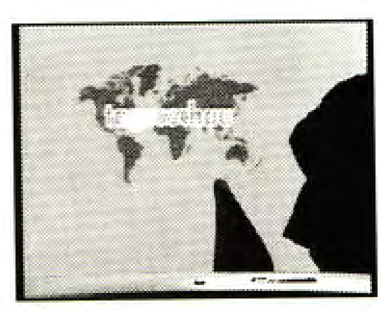
Die Fixierung auf spektakuläre Opfer rassistischer Gewalt wiederholte sich in der Mobilisierung zur Bundestagsblockade anläßlich der parlamentarischen Absegnung der Verfassungsänderung. In Rostock-Lichtenhagen waren es noch 10000, die sich an der Gegendemonstration beteiligten, am Tag der Abstimmung in Bonn waren wir 4-5000. Und selbst das war für uns eher überraschend als enttäuschend. Denn in den Monaten davor gingen wir ganz nüchtern von 1000-1500 TeilnehmerInnen unseres Blockadekonzepts aus. Diese Zahl war Ausgangspunkt unserer Überlegungen, an vier Stellen den Zugang zum Bundestag zu blockieren, in der Hoffnung, zumindest die Reibungslosigkeit dieser Abstimmungsmaschinerie zu stören. Und tatsächlich gelang es uns, den meisten Parlamentariern für diesen Tag das Gefühl mitzugeben, wie es ist, wenn der „Landweg" ausgeschlossen ist. Die Mehrheit der Abgeordneten mußte sich mit dem Schiffsweg begnügen und empfand diesen Schleichweg doch tatsächlich als demütigend und unwürdig. Sie hätten sich statt dessen einen harten Polizeieinsatz für ihr so selbstverständlich empfundenes Recht auf Freizügigkeit gewünscht. Doch dieser blieb aus kosmetischen Gründen aus. Die „Festung Bonn" sollte nicht noch durch zusätzliche Bilder prügelnder Polizisten untermalt werden. Diese Zurückhaltung galt am allerwenigsten einer beunruhigten Bevölkerung – sie hatte ihren wesentlichen Grund in der massiven Medienpräsenz ausländischer Sender.
An diesem Tag wurde nicht nur ein bereits reichlich zerfleddertes Grundrecht abgeschafft, an diesem Tag hat sich zugleich die „kritische, liberale Öffentlichkeit" verabschiedet. Es war ja schon paradox: Wir als Autonome verteidigten die Grundrechte, einen wesentlichen Bestandteil dieser Verfassung, während die, die sich zu ihrer Verteidigung berufen fühlen, entweder als Verfassungsfeinde agierten oder zu Hause blieben. Dieser Tag machte noch einmal deutlich, daß die „liberale Öffentlichkeit", die sich über Jahrzehnte als Vermittler zwischen Staat und System-Opposition



begriff, endgültig weggebrochen ist. Auch wenn wir auf deren Integrationsfunktion liebend gerne verzichteten, so waren wir doch – ab und an – über deren Schutzfunktion dankbar. Diese wird es – für uns jedenfalls – nicht mehr geben.
So werden wir uns in Zukunft – also viel zu spät – die Frage stellen, ob wir Grundrechte, verstanden als Schutzrechte gegen den Staat, verteidigen müssen wenn wir tatsächlich noch die Bedingungen für zukünftige Kämpfe im Augen behalten wollen. So steht ein weiteres Grundrecht auf der Abschußliste verbeamteter Verfassungsfeinde, das Grundrecht auf „Unverletzlichkeit der Wohnung" (Art. 13). Ein institutionelles Hindernis auf dem weiteren Weg hin zur Doktrin einer Staats-Sicherheit, die die hier so gepflegten Horrorszenarien über die Stasi der Ex-DDR mühelos in den Schatten stellt.

„Keine Verbindung e.V." oder Wie Unterbrechungen Verbindungen herstellen können

Mit der Abschaffung des Asylrechts ging ein massiveres polizeiliches und juristisches Vorgehen gegen neonazistische Gruppen einher. Auf einmal verzeichnete die Polizei Erfolge gegen „rechtsradikale" Personen und Organisationen. Nun konnte sogar ein „fremdenfeindlicher" Hintergrund von Straftaten ermittelt werden, und die Fahnder und Richter (ent)deckten nicht nur verstörte Einzeltäter, sondern ab und an sogar organisierte Strukturen (auf). Es kam vermehrt zu Anklagen und Haftstrafen. Der rassistische Terror der Straße hatte zur Mehrheitsbeschaffung für eine Verfassungsänderung beigetragen – sollte aber keinesfalls zur politischen Konkurrenz für die etablierten Parteien heranwachsen. Um rassistische, nationalistische Positionen im Parteienspektrum zu vertreten, brauchte es in der Tat keine neue (Volks-)Partei.
Im gleichen Maße wie der Staat gegen neonazistische Gruppen vorging, spektakuläre Anschläge zurückgingen, neonazistische Auftritte, soweit opportun, unterbunden wurden, nahm die Mobilisierungsfähigkeit im antirassistischen und antifaschistischen Spektrum ab. Initiativen, Gruppen und Vernetzungsversuche schmolzen zusammen, und die politischen Unterschiede zwischen klassischer Anti-Nazi-Politik, antirassistischen und anti-deutschen Positionen nahmen zu und trugen mit zur Zersplitterung der eh bescheidenen radikalen Opposition bei.
Am 1.2.1995 durchtrennte die Gruppe „Keine Verbindung e.V." an mehreren Stellen rund um den Rhein/Main-Flughafen Glasfaserkabel. Die Computer am Flughafen „zum Tor der Welt" brachen zusammen, der Buchungscomputer der Lufthansa versagte seine Dienste, das Einchecken der Fluggäste mußte manuell vorgenommen werden, Geldautomaten spuckten kein Geld mehr aus, und in manchen Stadtteilen waren die Telefone richtig „tot". Der Spiegel sprach von einem „Anschlag auf die Kommunikationsgesellschaft", die Telekom beschwor die „kriminelle Energie", mit der man „fast alles oder gar alles machen kann". Keine Verbindung e.V. sprach von einem Internierungslager für Flüchtlinge auf dem Gelände des Flughafens, forderte dessen Auflösung und in aller gebotenen Bescheidenheit „Grenzen auf" und „Bleiberecht für alle".



Am 9.7.1996 durchtrennte eine andere Gruppe namens K.A.B.E.L.S.C.H.N.I.T.T. abermals im Bereich des Frankfurter Flughafens Glasfaserkabel, die ähnliche Störungen im Daten- und Telefonverkehr verursachten. Auch sie bezieht sich auf die besondere Rolle des Flughafens im Rahmen der Abschiebepraxis, auf das BVG-Urteil desselben Jahres, in dem die „Flughafenregelung" höchstrichterlich für rechtens erklärt wird. Es werden keine weitergehenden Forderungen gestellt. Ich möchte hier nicht länger auf die Repression eingehen, die im Zusammenhang mit der Vorführung des Filmes How to come through losgetreten wurde. In Frankfurt wurden am 27.9.1996 die Filmvorführung von der Polizei gestürmt, 72 BesucherInnen festgenommen, in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich „behandelt". Legaler Vorwand dieses Überfalls war ein gefälliger Beschluß des BGH vom selben Tag, der im Zuge des Ermittlungsverfahrens gegen Unbekannt wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung die Durchsuchung der Räume, der darin festgestellten Personen sowie die Beschlagnahmung des als „Lehr- und Dokumentarfilm" bezeichneten Filmstreifens „Gefahr für das Datennetz" und anderer „beweiserheblicher Gegenstände" anordnete. Mich interessiert die unterbrochene und zugleich



herstellte Verbindung zwischen staatlichem Rassismus und neuen Informationstechnologien, und ich möchte dabei den Bogen zu der Veranstaltungswoche hier schlagen, wo ja – zumindest für unsere Verhältnisse – ungewöhnlich viele neue Informationstechnologien im Einsatz sind.
Ich denke, ich brauche hier nur kurz anzureißen, was das eine mit dem anderen zu tun hat, in welchem Ausmaß die Markierung des „Verdächtigen", das immer enger werdende Netzwerk der Erfassung und Verfolgung durch die neuen Informationstechnologien unterstützt und verfeinert werden kann: die geradezu grenzenlose Speicherung von Merkmalprofilen, der in Sekundenschnelle erfolgende Austausch und Abgleich von Datenbeständen verschiedenster Behörden und Einrichtungen, die Erstellung von Stimmbildern, die zur Identifizierung von Flüchtlingen eingesetzt werden sollen, die automatische Speicherung von Verbindungsdaten zur Erstellung von Kommunikationsprofilen, der geradezu kinderleichte polizeiliche Zugriff auf alle Daten im neuen ISDN-Netz bis zur Speicherung der Funkzellen in Mobilfunknetzen, die Bewegungsbilder liefern, die die bisher mehr oder weniger auffälligen und aufwendigen Observierungs- und Beschattungsmethoden weitgehend überflüssig machen.
Einige werden wahrscheinlich gelangweilt nicken. Wissen wir ja alles. Und? Auffallend für mich ist nicht, daß wir diese technischen Möglichkeiten trotzdem auch zu nutzen versuchen, wenn auch wie immer verspätet und anfangs noch von ein wenig Peinlichkeit begleitet. Was mich stutzig macht, ist das weitgehende Schweigen darüber, was dieses Wissen für die Praxis, den eigenen Umgang damit heißt. Und völlig stutzig macht mich die geradezu euphorische Beschreibung von linken NetzwerkbetreiberInnen, was mann und frau dort alles machen kann. Wie ganz plötzlich in dieser virtuellen Welt die sozialen Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden: Mit einemmal existiert eine Gemeinschaft, in der Herkunft, Klasse, Geschlecht und Nation egal sind oder werden, zu der alle egalitär und geradezu herrschaftsfrei Zugang haben. Natürlich ist es zum Schmunzeln, wenn man die vergeblichen Versuche der Staatsschutzbehörden mitgekriegt hat, die Internet-Seiten der Zeitschrift Radikal aus dem Netz zu verbannen, weil immer wieder „Unbekannte" diese Seiten spiegelten und damit zur weiteren Verbreitung beitrugen. Von diesem Räuber-und-Gendarm-Spiel auf ein anarchisches Netz zu schließen, das nicht kontrollierbar ist, weil diese große Gemeinschaft der NutzerInnen wie Pech und Schwefel zusammenhält, ist aber doch schlichtweg Quatsch. Damit wird eine Welt vorgespiegelt, in der Herrschaftsinteressen

und oppositionelle Lebensinteressen friedlich aneinander vorbeisurfen.
Da ich zur Zeit für ein versöhnliches, optimistisches Ende nicht zu haben bin, verlege ich mich auf eine Vision, zumal in der Veranstaltungsankündigung das nahende Jahr 2000 angesprochen wurde: Plötzlich, am Ende meines Vortrags, fallen alle Monitore, Videokameras und -installationen aus, der Video-Terminal zum „La Maison des ensembles" bricht zusammen, alles Hybride verfällt dem Schwarzton. Ich unterbreche, im Saal kommt Unruhe auf. Die Techniker, wahrscheinlich immer noch eher Männer, suchen vergeblich nach einem technischen Defekt. Irgendwann kann man sich diese „Bildstörung" einfach nicht erklären. Wie es der Zufall in einer solchen Geschichte will, hört jemand im Saal Radio, stellt laut, und folgende Meldung ist zu hören: „Gegen 20 Uhr meldete die Polizei einen Anschlag auf die Ausländerbehörde. Wie erste Ermittlungen ergaben, durchtrennten noch unbekannte Täter an zwei Stellen in unmittelbarer Nähe der Ausländerbehörde Glasfaserkabel. Betroffen davon ist nicht nur der Zentralcomputer, sondern auch angrenzende Wohngebiete, insbesondere das Schlachthofviertel. Die Polizei geht von einem politischen Hintergrund aus, kann jedoch zum augenblicklichen Zeitpunkt keine näheren Angaben machen. Mit der Behebung des Schadens ist nicht vor morgen zu rechnen..." Soweit diese phantastische Geschichte. Das Ende kenne ich auch nicht.

l.u.p.u.s.

aus: Beute NF 2, Winter 98



Grenzen

Einige Anmerkungen zum Artikel »Die Kunst zu Campen«

Die Münchner AutorInnen des Artikels »Die Kunst zu Campen« (siehe Zeck Nr. 75) haben an den Anfang ihres Beitrags vier Thesen zur Bedeutung von Grenzen gestellt. Sie stecken damit einen theoretischen Rahmen ab, innerhalb dessen die eher beschreibenden Bemerkungen zum Ablauf des Grenzcamps im letzten Sommer in Görlitz zu verstehen sind.
Ich will im Folgenden auf zwei dieser Thesen eingehen, sie ein wenig gegen den Strich bürsten und fragen, welche Modelle und Vorstellungen hinter diesen Thesen stehen.
1. Die erste These der Gruppe »Über die Grenze« lautet: »Grenzen markieren auf eine gewisse Weise das Ende der Politik. Hier endet das Territorium der Nationalstaaten und hier ist der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten augenfällig.«
Grenzen begrenzen vieles und doch vor allem eines: Nationalstaaten. Damit markieren sie in der Regel das Ende der Einflußsphäre nationalstaatlicher Exekutivorgane wie Polizei und Grenzschutz, nationalstaatlicher Rechtsprechung, nationaler Währungen und häufig auch Sprachräume.
Und gerade weil an ihnen der Nationalstaat seine materielle Grenze findet, manifestiert sich an Grenzen nicht der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten – im Gegenteil, ohne Grenze wäre kein Nationalstaat denkbar. Gerade die Grenze ist es, was ihn zu einem diskreten, d.h. von anderen unterschiedenen, Nationalstaat macht. Ohne Grenze wären die Attribute der Nation bzw. des Nationalen ohne Sinn. Erst die Grenze schafft die Nation, erst die Grenze macht die Landschaft zu einem Territorium. Die Vorstellung einer Nation wäre ohne Grenze nicht zu denken. An der Grenze versichert sich der Nationalstaat seiner Existenz und je sichtbarer die Grenze ist, desto kraftvoller fällt an ihr die Manifestation des Nationalen aus. Und – dies nur nebenbei bemerkt – genau hierin lag auch die symbolische Funktion der ausufernden Grenzanlagen zwischen der ehemaligen DDR und der BRD: Hier manifestierte sich die DDR als Nationalstaat, hier verlieh sie für alle Welt unübersehbar ihren Anspruch als Nationalstaat Gewicht.
Zumindest solange Politik in einem nationalstaatlichen Rahmen stattfindet – und wer wolle bestreiten, daß dies auch heute noch auf weiten Strecken zutrifft – markieren Grenzen also nicht das Ende der Politik, sondern sie konstituieren vielmehr (national-)staatliche Politik. Und diese Bedeutung kommt ihnen sowohl innen- als auch außenpolitisch zu, denn ohne Grenzen wäre diese Unterscheidung selbst sinnlos. Vielleicht gibt es nur genau einen Moment, an dem Grenzen das Ende der Politik markieren. Nämlich dann, wenn zwei Nationalstaaten den Verlauf der Grenzen mit kriegerischen Mittel zu verschieben suchen.[1]
Mit der Grenze verbunden ist eine binäre Logik des Ein- und Ausschlusses. Die Grenze zieht einen klaren Trennungsstrich – zwischen »In-« und »Ausländern«, zwischen denen, die einreisen dürfen und denen, die abgewiesen werden, zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Während im Innern der Nationalstaaten durchaus Grauzonen möglich sind – mehrere Staatsbürgerschaften, unklarer Aufenthaltsstatus, graduelle Verwischungen der Eigen- und Fremdkonstruktionen –, fordert die Grenze Eindeutigkeit.
Ich denke, hier liegt eine der zentralen Problematiken der Ausweitung der Grenzen von Linien zu Zonen, die in das Innere der Nationalstaaten hineinreichen. Wenn sich die Grenzen ausweiten, gewinnt ihre binäre Separationslogik an Raum. – Genau diesem Aspekt trägt der in der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« gebrauchte Begriff des Grenzregimes Rechnung, der es erlaubt, die Funktionslogik der Grenze von ihrem ursprünglichen geographischen Ort zu lösen und als allgemeineres gesellschaftliches Prinzip zu verstehen.

2. »An den Grenzen wird die Verschiebung von der Disziplinargesellschaft in Richtung Kontrollgesellschaft deutlich.«
Was bedeuten diese beiden Begriffe »Disziplinar- und Kontrollgesellschaft«? Der an Foucault anschließende Begriff der Disziplinargesellschaft verweist auf ein Set von Techniken und Verfahren der Überwachung, des Messens, des Trainings und der Lenkung und Anordnung von Individuen. Dabei entfaltet die Disziplin bzw. die Disziplinen ihre Wirkung auf zwei Ebenen: Sie erlauben die weitgehende Kontrolle spezifischer Bevölkerungsgruppen und gleichzeitig entfalteten sie ihre normalisierende Kraft

durch die freiwillige Unterwerfung der Mehrheit der Bevölkerung unter ihr Ideal.
Die Disziplinargesellschaft erlaubt also die Aufrechterhaltung von Herrschaft und Unterordnungsverhältnissen, ohne die permanente Kontrolle jedes einzelnen Individuums ständig gewährleisten zu müssen. Die Disziplinargesellschaft verfügt dabei durchaus über ausdifferenzierte Techniken der Kontrolle, der Überwachung und der Einschränkung, der Schwerpunkt liegt hier darauf, daß diese Techniken nicht permanent und gegen jedeN eingesetzt werden müssen, sondern sich die Mehrzahl »diszipliniert« verhält.
Im Gegensatz dazu würde eine Kontrollgesellschaft gerade auf dieser allgegenwärtigen und (nahezu) lückenlosen Kontrolle basieren.
Ich denke, daß Jan Allers in seinem Artikel in der letzten *off limits* (Nr. 24, 4/98) recht hat, wenn er schreibt, daß der Ausbau der sogenannten Schengen-Außengrenzen nicht das Ziel der vollständigen Abschottung und der permanenten und lückenlosen Kontrolle der Wanderungsbewegungen hat. Schließlich wäre es technisch kein Problem, eine der ehemaligen DDR-Grenze ähnliche hermetische Grenzanlage zu installieren. Es geht vielmehr um die eher *statistischen* Kontrolle der Wanderungs*bewegungen* und ihrer Verteilung im Raum.
Ähnlich wie bei der Stichprobenerhebung, deren statistische Genauigkeit inzwischen Vollerhebungen in der Form von Volkszählungen praktisch unnötig gemacht hat, zielt auch an der Grenze das Kontroll- und Überwachungssystem nicht auf Vollständigkeit, sondern auf möglichst exaktes statistisches Wissen. Das Grenzregime ist in seiner aktuellen Ausformung nicht dazu geeignet, jeden »unerwünschten« Grenzübertritt zu verhindern, aber sehr wohl dazu, ein sehr exaktes Bild der Wanderungsbewegungen, ihrer regionalen Verteilung und nationalen Zusammensetzung zu liefern. Darüber hinaus entfaltet es auch in seiner Unvollständigkeit eine im Sinne der Herrschenden »ausreichende« abschreckende Wirkung. Das Grenzregime zielt – trotz gegenläufiger Selbstdarstellung – einerseits darauf, den unkontrollierten Grenzübertritt zu erschweren, andererseits wird denen, die ihn dennoch wagen bedeutet, sich möglichst unauffällig zu verhalten, was z.B. heißt, auf ihre Rechte zu verzichten.[2]
Auch die staatliche Propagierung und Förderung des Denunziantentums hat eher eine disziplinierende als eine kontrollierende Funktion. Den Flüchtlingen und MigrantInnen wird bedeutet, sich »unauffällig«, d.h. den bestehenden Normen nicht widersprechend« zu verhalten und bei den DenunziantInnen wird die Bedeutung der Grenze als Ordnung stiftendes Element affirmiert.
Und genau dieser Punkt wird ja auch in der dritten These von »Über die Grenze« betont.
Ich denke, daß die politische Auseinandersetzung unter der Perspektive eines aufziehenden totalen Kontrollsystems vielleicht den Blick für die unauffälligere, normalisierende Funktion der Grenze und ihre Bedeutung für die Aufrechterhaltung des bestehenden politischen Systems verdecken kann. Im besten Fall könnte es mit Aktionen wie dem Grenzcamp ja vielleicht gelingen, die Normalität des Grenzregimes punktuell zu durchbrechen und damit genau seine disziplinierende Funktion zu untergraben.
Dabei erschwert und erleichtert die Disziplinarperspektive die Politik gegen das Grenzregime: Indem sie den disziplinierenden Charakter betont, erweitert sie den Blick weg von der Grenze auf die Gesellschaft. Statt sich auf eine klar umgrenzte Institution der Grenzüberwachung und -kontrolle zu konzentrieren, öffnet sie den Blick für die weitverzweigten disziplinären Techniken an den unterschiedlichen Orten in der Gesellschaft. Damit wird der Ansatzpunkt für eine antirassistische Politik, die das Grenzregime angreift sowohl diffuser, als auch breiter. Es fällt schwerer, einen klaren Ansatzpunkt zu bestimmen, und gleichzeitig werden Gegenaktionen auch an grenzfernen Orten möglich.
In diesem Sinne wäre es sicher sinnvoll, wenn Grenzen auch aus autonomer Perspektive nicht das Ende der Politik, sondern Ansatzpunkte für Politik markieren.

Finn

1 Aber auch hier ließe sich einwenden, daß Krieg nicht so einfach als das Andere der Politik verstanden werden kann und selbst von konservativer Seite als deren reinste Form (Schmitt) oder deren Fortsetzung mit anderen Mitteln (Clausewitz) verstanden wird.
2 Für eine solche Interpretation spricht auch, daß es staatlicherseits eine faktische Duldung der sog. illegalen Beschäftigung in bestimmten Branchen gibt (Bau, Gastgewerbe, Landwirtschaft), auch wenn immer wieder publikumswirksame Aktionen dagegen stattfinden.

»... das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden ...«

Zur Nachbereitung des letztjährigen und zur Vorbereitung des diesjährigen Grenzcamps ist soeben ein Reader erschienen.
Darin enthalten sind Berichte, Bilder und Diskussionspapiere sowie eine umfangreiche Presseartikelsammlung.

Zu bekommen ist er in jedem gut sortieren Buch- oder Infoladen oder direkt bei:
kein mensch ist illegal, c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Er kostet 4,- DM

»Die Lust ist da, auf jeden Fall«

Gespräch über offensiven Antifaschismus, Bündnisse und Erlebnispädagogik

aus: telegraph 3/4/98

Das folgende Interview stammt aus der Telegraph 3-4/98. Wir drucken es etwas gekürzt ab, da wir es für eine gute Ergänzung des Gesprächs mit einer Hamburger Antifagruppe halten, daß wir im Sommer in der Zeck publiziert hatten.

Auch in der DDR gibt es seit den 80er Jahren eine aktive, wenn auch zahlenmäßig kleine antifaschistische Bewegung, die versucht, entstehenden faschistischen Strukturen direkt entgegenzutreten. Die Erfahrungen dieser Gruppen sind heute wichtig, wenn es um die Frage geht, wie erfolgreiche Antifaarbeit aussehen kann. Gilt es doch gerade in und aus und für Ostdeutschland eine antifaschistische Perspektive zu entwickeln, die mehr will, als jedes Wochenende schneller zu sein als die NPD und andere Faschisten. Diese Diskussion kann nur von den aktiven Antifagruppen

geführt werden. Deshalb haben wir uns entschlossen für dieses Heft ein Gespräch von verschiedenen Antifas zu dokumentieren. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen zur Entwicklung von Antifabewegung in Ostdeutschland, zu Perspektiven von Bündnissen und dem Verhältnis von offensivem Antifaschismus, Militanz und Organisierung. Um einen regionalen und vielleicht auch inhaltlichen Querschnitt des offensiven antifaschistischen Spektrums in Ostdeutschland zu erfassen haben wir Aktivisten und Aktivistinnen aus Cottbus, Erfurt und Rostock eingeladen. Das Gespräch fand am 10.10. 1998 in Berlin statt.

telegraph: Wie hat sich die direkte Auseinandersetzung mit Nazis bei euch entwikkelt, ist das eine aufgezwungene Sache oder eine strategische Entscheidung gewesen, die man angefangen hat, weil man es sinnvoll fand?

Erfurt: Der Höhepunkt der direkten Auseinandersetzung, also auch der Auseinandersetzung mit körperlicher Gewalt, lag Anfang der 90er Jahre - also '90 bis '93, und ich denke, daß die Auseinandersetzung eher aufgezwungen war. Sie ist nicht strategisch diskutiert worden, sondern sie hat sich daraus ergeben, daß die Nazis uns, also das autonome Zentrum, angegriffen haben. Wir mußten uns einfach aus diesem Zentrum heraus wehren. Das hat dazu geführt, daß in den Jahren bis `93 die Situation auf der Straße ziemlich eskaliert ist, es hat fast keinen Tag gegeben, an dem es nicht zu Zusammenstößen auf der Straße gekommen ist. Die sind damals von beiden Seiten sehr offensiv geführt worden und haben sich, glaube ich, auch gegenseitig hochgeschaukelt. Höhepunkte waren ein Angriff von 150 -200 Skinheads auf das AJZ, wo die Polizei in einer Seitenstraße stand und zugeschaut hat. Das war am 9. November 1990. Und dann noch zwei scharfe Schüsse aus einer Pistole auf dieses AJZ Anfang 1991. Es hat dann 1993 ein "Rock gegen Links" gegeben, von Nazis in einem städtischen Jugendzentrum und dieser "Rock gegen Links" sollte von etwa 200 Leuten angegriffen werden. Das waren vor allem Punks, aber auch Antifas und das ist nur ganz knapp von den Bullen verhindert worden - es ist also nicht zu einer offenen Feldschlacht gekommen.

Es hat später ein massives Agieren der Polizei gegeben, auch gegen Nazis auf der Straße. Das heißt, es sind Personenkontrollen durchgeführt worden, gegen Skinheadbands, die in städtischen Jugendräumen geprobt haben, hat es Razzien gegeben. Ich denke, diese doppelte Repression (von uns und den staatlichen Organen) ist der eine Faktor dafür, daß dann die Nazigewalt zurückgegangen ist und das andere ist, daß die Antifa auch zunehmend mehr in Bündnissen agiert hat und das auch öffentlich gemacht hat. Es hat einen "Monitor"-Bericht gegeben über die Nazigewalt in Erfurt, und das hat ziemlich für Aufregung gesorgt in der Stadt, damals. Ab 1993 ist das dann alles aber wesentlich ruhiger geworden.

Cottbus: Ich kann, zu dem was 1990 bis '92 passiert, nicht soviel sagen, aber ein autonomes Zentrum gab es nicht zu dieser Zeit. Es gab später mehrere besetzte Häuser oder Versuche Häuser zu besetzen, die dann auch von den Nazis angegriffen wurden, wobei sie allerdings wenig Erfolg hatten. Es waren ja auch wirklich sehr viele Leute, die angefangen haben, sich zu wehren und die Innenstadt von den Nazis freizuhalten. Und irgendwann war es in der Innenstadt auch wirklich ruhig, was Nazis angeht. Man konnte sich da ohne Probleme bewegen. In den Außenbezirken hingegen sah es für viele Leute finster aus, da gab es riesige Probleme.

Nachdem es die Probleme in der Innenstadt nicht mehr gab, haben sich viele Leute zurückgezogen. Ein paar Leute haben dann 1994/95 einen Verein gegründet und machen kontinuierlich Infoladenarbeit. Eine Weile ist es dann sehr ruhig gewesen, doch seit dem letzten Jahr ist es wieder so, daß es eine Faschokneipe gibt, die sich nur hundert Meter neben einem linken Projekt befindet. Dadurch ist uns eine neuerliche Auseinandersetzung aufgezwungen worden. Das heißt, im letzten Jahr gab es für uns relativ überraschend sehr massive Auseinandersetzungen - dabei traten die Faschos als Organisation in der Stadt überhaupt nicht auf. Es gab dieses Jahr einen Infostand der NPD, aber der ist auch nur gelaufen, weil Leute von denen aus Berlin da waren. Trotzdem hatten wir im Sommer ein richtig akutes Naziproblem auf der Straße.

Rostock: In Rostock gab es ja schon ab 1988/89 die ersten besetzten Häuser und dann später den oder das JAZ, gegründet von Leuten die auch aus dieser Szene kamen - also Schwarzwohner. Es gab dann auch bei uns ab 1990 eine Steigerung von Auseinandersetzungen. Vor allem in der Innenstadt, Höhepunkt war aber ganz klar 1992, das Pogrom in Lichtenhagen.

Die Auseinandersetzungen der Rostocker Antifas mit den Nazis war in der Zeit nach Lichtenhagen ziemlich heftig, weil die Nazis durch das Pogrom starken Aufwind bekommen hatten. Es gab wöchentlich ein bis zwei versuchte Angriffe auf das JAZ. Nachdem aber auch die Bullen das immer sehr schnell mitbekommen und die Faschos ziemlich früh abgefangen haben, hatten die dann auch kein Bock mehr. Das hat sich dann bei denen totgelaufen. Das war also kein Erfolg für die Antifa, die in dem Moment doch eher stark in der Verteidigungsposition war. Die meisten waren doch darauf bedacht, das JAZ zu schützen. Später wurde das aber offensiver, vor allem in der Innenstadt. Da ist es gelungen, daß dort kaum bis gar keine Nazis mehr auftauchten. Das war dann auch lange Zeit der Stand.

Ab 1993/94 fingen Diskussionen über die Militanz an, über Sinn oder Unsinn dieser Geschichte. Daraufhin hat sich eine ziemlich große Gruppe, die dafür gesorgt hat, daß die Innenstadt nazifrei war, fast vollständig ins Private und in alles Mögliche zurückgezogen. Dann kam dazu, daß das JAZ ein halbes bis dreiviertel Jahr wegen baulicher Veränderungen dicht war. Ohne zentralen Treffpunkt kam so die Antifa- und auch die kulturelle Arbeit fast vollständig zum Erliegen. Es gab aber in dieser Zeit auch kaum Auseinandersetzungen mit den Nazis. Irgendwann gab es zwar noch eine "Anti-Antifa-Woche" von der wir ziemlich viel zu spüren bekommen haben. Da waren die Faschos auf dem Weihnachtsmarkt und haben gnadenlos alles was anders aussah gejagt. Ansonsten war es von deren Seite aber wirklich ruhig. Die Folgen dieser äußerlichen Ruhe bekommen wir jetzt zu spüren, denn an den Schulen gab es natürlich immer noch jede Menge Nazis, nur daß wir es da nicht mehr so mitbekommen haben.

telegraph: In allen Städten gab es also nach 1990 sehr direkte Konfrontationen mit Nazis, die dann irgendwann abflauten. Und in allen Städten haben sich die Aktiven dann anderen Dingen zugewandt. So weit ähneln sich die Berichte, aber was waren denn das für Diskussionen in Rostock, die ganze Gruppen zum Aussteigen brachten?

Rostock: Leute aus dieser Gruppe hatten keine Lust sich dafür zu rechtfertigen, warum sie losziehen und die Nazis aus der Innenstadt vertreiben. Sie sind dafür auch mehr als einmal ziemlich hart kritisiert worden, mit dem Argument, daß diese körperliche Auseinandersetzung nicht sein muß. Da haben sie sich dann gesagt "wir müssen das nicht machen, wir machen das ja nicht für uns und wenn euch das nicht gefällt, dann stop." Und dann haben sie sich zurückgezogen und haben aber auch nicht danach gesucht, wie man Antifa-Arbeit mit anderen Mitteln weitermachen kann.

telegraph: Was würdet ihr sagen, wie erfolgreich war euer offensives Agieren, also das Angreifen von Nazistrukturen in den anderen Städten?

Erfurt: Ich denke, daß "sich wehren" und den Nazis zeigen, daß, wenn sie die Zentren angreifen, sie mit Verteidigung zu rechnen haben, dazu geführt hat, daß die Zentren weiterbestehen konnten. Ich würde aber nicht sagen, daß die Nazis eingeschüchtert waren. Dafür haben sie zu schnell nach den gescheiterten Angriffen

weiter agiert. Richtig Ruhe hat es in Erfurt eigentlich nie gegeben.

telegraph: Du beschriebst immer wieder das "Zentrum" als ein Teil von antifaschistischer Aktivität und daneben diese aufgezwungenen Auseinandersetzungen. Was sollte in dem "Zentrum" eigentlich passieren und waren die militanten Kämpfe in der Stadt, Anfang der 90er, die dann ja weg gebrochen sind, nicht euer Faustpfand dafür, daß die Stadt euch als Ansprechpartner überhaupt ernst genommen hat?

Erfurt: Diese Auseinandersetzungen sind nicht "weg gebrochen". Das klingt so nach "die Qualität war nicht mehr da". Die sind einfach ausgelaufen. Die Kämpfe um die Zentren und besetzten Häuser, die von den Nazis angegriffen wurden, haben immer eine negative Rolle bei den Verhandlungen mit der Stadt gespielt. Die Gewalt war immer ein Argument für die Vermieter - also meistens der Stadt - zu sagen, da sind Unruheherde da. Also ein Faustpfand im umgekehrten Sinne - wir mußten immer wieder beweisen, daß man mit uns überhaupt Mietverträge eingehen kann, obwohl es diese Auseinandersetzungen mit den Nazis gibt.

telegraph: Seit Faschos immer mal wieder auf's Maul bekommen haben, gab es da auch im Hinblick auf die Antifa eine Repression und wenn ja, was hatte die für eine Wirkung?

Erfurt: Es hat keine nennenswerte Repression gegen die Antifa gegeben. Im Gegenteil: 1991 wurde eine Demo mit 1000 Leuten durch Jena gemacht - das war die erste autonom organisierte Antifademo - wo ein Block von 600 Leuten "RAF-RAF"-skandierend durch Jena gezogen ist. Das war nach dem Rohwedder-Attentat und die Bullen hat das überhaupt nicht interessiert.

Cottbus: So was "Großes" haben wir nie auf die Beine gestellt, aber Repression gab es auch nie so richtig. Es gab und gibt zwar immer mal wieder Versuche dazu, bis jetzt aber eigentlich ohne größere Auswirkungen, zumal die Betreffenden immer ganz gut wieder aus solchen Situationen raus gekommen sind.

telegraph: Haben sich die Erfahrungen, daß die Nazis relativ einfach und mit einem offensichtlich berechenbarem Repressionsrisiko aus der Innenstadt vertrieben werden können, darauf ausgewirkt, wie über Antifa-Arbeit diskutiert wurde? Gab es Überlegungen, das in kleinere Städte zu exportieren, oder war von Anfang an klar, daß ihr etwas anderes machen wolltet?

Cottbus: Aber inzwischen sind es hauptsächlich jüngere Leute, die jetzt diese Auseinandersetzung um und in der Innenstadt haben. Aufgrund der Tatsache, daß sie viele sind, gehen sie immer noch davon aus, daß diese Auseinandersetzungen eine Lösung des Problems sind. Uns, den Älteren geht das nicht mehr so. Gerade durch die Vernetzungstreffen mit den kleineren Städten versuchen wir, Leuten in Streßsituationen zu helfen, durch Infos, aber auch indem wir Probleme und verschiedene Herangehensweisen diskutieren und Lösungen suchen. Wichtig sind diese Treffen, weil in manchen Städten nur Einzelpersonen aktiv sind. Insofern ist das Vernetzungstreffen auch eher eine feste Gruppe als ein Bündnis, wo verschiedene Vertreter von Irgendwas zusammensitzen.

telegraph: Es ging ja jetzt hauptsächlich um die Innenstädte, die Cottbusser haben inzwischen ein Vernetzungstreffen mit den umliegenden Kleinstädten organisiert. Wie sah und sieht die Situation mit Nazis im "flachen Land" denn sonst so aus?

Rostock: Etwa 1992 waren wir in so einer Kreisstadt in der Nähe von Schwerin 5-8 Leute, die nicht auf diesen Nazi-Mainstream abgefahren sind. Anfangs hatten wir als Punks relativ wenig Probleme, da sich auch alle aus der Schule kannten, man hat sich auf der Straße noch abgegrüßt. Das haben wir natürlich nur gemacht, weil wir Schiß hatten. Der Großteil der Jugendlichen waren Nazis/Skinheads und Ende 92 kamen dann die Westnazis, zum Beispiel aus Hamburg, und haben angefangen, diesen Haufen zu organisieren. Die haben dann zum Beispiel einen Überfall auf ein Asylbewerberheim gestartet und haben angefangen, die richtig gegen uns aufzuhetzen. Danach ging es dann böse ab in der Stadt. Wir haben ständig auf die Fresse gekriegt. Vor allem aber hatten wir keinen Treffpunkt, es gab ein paar Privatwohnungen oder wir saßen draußen. Dann hat der Kreis, der dann später auch die Antifa war, gesagt: "Da muß sich etwas ändern. Wir brauchen Räume. Wir brauchen ein Haus." Zuerst wurde es auf der Schiene Stadt und Bürgermeister versucht. Von denen wurde immer auf die zwei bereits bestehenden Jugendklubs verwiesen. Da gab es einen richtig betreuten, und dann gab es noch einen, in dem nur Nazis waren, wo also ein Jugendarbeiter rumstand, um den Nazis Kaffe zu kochen. Die Stadt hat also gesagt, da gibt es doch zwei Klubs, also geht dahin. Das war für uns natürlich völlig unmöglich. Daraufhin haben wir dann beschlossen, daß es wohl nur über die Schiene geht, daß wir Streß machen in der Stadt. Dann haben wir uns ein paar Leute von außerhalb geholt und haben angefangen die Konfrontation mit den Nazis in der Stadt zu suchen. Das hat dann auch dazu geführt, daß wir ein Haus bekommen haben. Da ist dann aufgegangen, was wir uns überlegt hatten, daß nämlich die ganzen Kids, von denen wir das niemals gedacht hätten, zu uns kamen. Die hatten auch keinen Bock auf die Nazis.
Wir haben uns dann der JRE ("Jugend gegen Rassismus in Europa") angeschlossen, um uns irgendwo mehr einzubinden. Dann war das Arbeiten wirklich möglich - wir haben sogar eine Demo gemacht. Irgendwann nahm die Konfrontation mit den Nazis wieder zu. Die haben uns wirklich permanent angegriffen. Wir haben dann ganz massiv Leute von außerhalb geholt, die auch ein bißchen älter waren als wir. Dann gab es jedes Wochenende krasse Auseinandersetzungen, zum Teil Straßenschlachten. Aber es hat irgendwie dazu geführt, daß man uns in Ruhe gelassen hat. Die Nazis haben dann gemerkt, daß es ihnen nichts bringt, daß sie gleich nachdem sie uns angegriffen haben, wieder auf die Fresse kriegen. Erst dann hatten wir ein bißchen Ruhe, um antifaschistische, kulturelle Arbeit zu machen. Es ist seitdem in dieser Gegend wirklich ruhiger geworden.

telegraph: Die Auseinandersetzungen waren eigentlich in allen Städten Verteidigungskämpfe. Ist Antifa immer nur dann stark, wenn es eine Bedrohung durch die Nazis gibt?

Erfurt: Es war auch bei uns nicht so, daß es da nur eine Konfrontation gab, daß also die Nazis kommen und wir uns wehren, sondern aus diesen Zentren heraus ist man initiativ geworden. Ein Beispiel dafür war der Versuch der DVU, sich in Thüringen zu etablieren, mit einem Besuch von Gerhard Frey. Da ist aus dem damaligen Zentrum demonstriert worden, gegen diesen Versuch der DVU und da waren relativ schnell viele Leute da. Das war ein bestimmter Höhepunkt, auch an zielgerichteten Aktionen. Einem Bus, der die Leute zu dem Parteitag bringen sollte, ist die Luft ausgegangen, der Mercedes von Dr. Frey ist vor dem Veranstaltungsort verschrottet worden. Das waren aber nur Teilaspekte von einem Leben in den Zentren.
Später hat sich aus einem Bündnis zum Thema Antifa ein ganz breites Bündnis für ein Projekt entwickelt. Es wurde irgendwann ein Haus für ein neues Zentrum besetzt und die Besetzung ist von Parteien und von Gewerkschaften unterstützt worden, weil gesagt worden ist: "die Stadt hat einen Ratsbeschluß - Räume zu Verfügung zu stellen. Sie kommt dem nicht nach, also unterstützen wir die Besetzung der Jugendlichen als legitime Form". Da hat sich in aller Deutlichkeit gezeigt, daß es in der Stadt Gruppen gibt, die bereit sind, unsere Geschichten mitzutragen, in einem Maße, das bis dahin nicht für möglich gehalten wurde.
Dieses Bündnis war 1991 für einen antirassistischen Ratschlag entstanden. Da haben sich damals Gewerkschaften, also

DGB, HBV, Bildungswerk, Antifas, VVN, BDA und PDS zusammengesetzt. Mittlerweile sind dann auch die Grünen dazugekommen. Das ist ein kontinuierliches Bündnis, was sich 1997 den Namen LAG (Landesarbeitgemeinschaft) antifa/antira gegeben hat, und aus dem heraus der Ratschlag vorbereitet wird, aus dem sich aber auch zu anderen Dingen verhalten wird. Zum Beispiel wäre die Antifademo in Saalfeld ohne dieses Bündnis nicht in dieser Form zustande gekommen.

Cottbus: In Cottbus ist es völlig anders gelaufen - so eine Kontinuität hat sich nie entwickelt. Am Anfang, als es diese Bedrohung gab, waren sehr viele Leute zusammen gekommen und als es sie dann nicht mehr gab, ist das in der Form auch kaputt gegangen. Übriggeblieben sind der Verein und die Räume und einige wenige Leute, die versucht haben, etwas anderes zu machen.

Rostock: Ich würde das ähnlich sehen. Bis zu dem Zeitpunkt, wo es mit den Bauarbeiten im JAZ losging, also dieser Bruch da war, gab es eine kontinuierliche Arbeit, es gab alle möglichen Infoveranstaltungen zu vielen Themen, z.B. Internationalismus, das ganze Spektrum. Dann war einfach zu und diese Bedrohung gab es wirklich nicht mehr in dem Maße, daß es irgendwas zusammengehalten hätte. Dann war Party und Privatleben angesagt. Wenn da nicht zwei, drei Leute gewesen wären, die diese Arbeit fortgeführt hätten - die Kontakte mit der Stadt usw., weil es ja Gelder von der Stadt gibt - dann würde es das JAZ heute nicht mehr geben.

telegraph: Erstens, wieso ist das so und zweitens, ist die Antifa alleine, also ohne ein Projekt im Hintergrund, nicht beschränkt - im Sinne eine fehlenden Stabilität?

Rostock: Das eine ist natürlich diese Sache mit der schwindenden Bedrohung und dadurch haben viele Leute gesagt, wenn das nicht mehr notwendig ist, dann konzentriere ich mich mehr auf meine Sachen. Wir versuchen jetzt gerade diese Antifa einzubetten in ein Bündnis gegen Rechts, um von dort aus andere Leute zu erreichen, mehr Leute zu erreichen, andere - mit wirklich ganz anderen Geschichten...
Da muß man jetzt aber erst mal sehen, wie das weitergeht.

Erfurt: Es ist natürlich die Last von jemandem, der das jetzt seit zehn Jahren macht, zu beobachten, wer macht Antifa, wer ist Antifa. Inzwischen sind es drei verschiedene Jahrgänge die jeweils angefangen und wieder aufgehört haben. Jetzt sind wir bei der vierten Generation. Interessanterweise auch bei uns wieder seit einem halben Jahr. Antifa hat da jetzt aber einen höheren Anspruch, sie organisiert und vernetzt sich. Aber bis zu diesem Zeitpunkt kann man sagen: Jugendliche gehen in diese Häuser, in diese Zentren, machen das Leben da mit und arbeiten vielleicht auch mit, aber nach maximal zwei, drei Jahren hört das wieder auf.
Neben den ganzen Fraktionierungen und Diskussionen, die es auch bei uns gegeben hat, kann man sagen, daß die Frage Bündnis und die Entscheidung für ein kontinuierlich arbeitendes Bündnis, nochmal zu einer Ausdifferenzierung dieser sowieso schon ziemlich kleinen Politszene geführt hat. Die einen haben gesagt "wir machen weiter Zentrumsarbeit" - die machen mittlerweile gar nichts mehr, haben privatisiert, Esoterik, Drogen und dann ist ein kleiner Teil übrig - die "harte Politfraktion" - der weiter in dem Bündnis arbeitet. Das geht auch persönlich dann weiter, in eine andere Richtung, die sind jetzt also bei PDS, Grünen und Gewerkschaften und machen da die Arbeit, die sie früher bei den Autonomen gemacht haben, auch durchaus mit den gleichen Inhalten, die sie also mitgebracht haben aus der autonomen Szene und unterscheiden sich darin auch von dem, was sie in den neuen Vereinen umgibt. Aber sie haben mittlerweile entschieden, daß wenn sie weiter Politik machen wollen, in einem organisierten Rahmen, dann müssen sie sich eine Partei, eine Gewerkschaft oder einen Verein suchen.
Ich denke das Bündnisse ganz stark davon leben, wer die Einzelpersonen sind, die die Bündnispartner in den Treffen vertreten. Wenn diese Einzelpersonen eine linke oder sogar linksradikale Geschichte haben, gibt es eine viel größere Offenheit, eine größere Bereitschaft Sachen mitzutragen, als wenn sie es nicht sind. Das ist gerade im Osten so. Und wir haben in dieser Beziehung auch einfach Glück gehabt in Erfurt, da ist nach wie vor sehr viel möglich. Zum Beispiel Saalfeld, wo es möglich war, daß die autonome Antifa und der DGB zusammen eine Demo machen. Das ist etwas Neues, für Thüringen, aber auch für den ganzen Osten. Es gab eine sehr starke Repression von der SPD, die ganz klar gesagt hat: "Gewerkschafter entscheidet euch zwischen Antifa oder SPD, wir oder die Autonomen!" Und der DGB in der Landesbezirkskonferenz entscheidet: "die Autonomen, die Antifademo". Das wäre nicht möglich gewesen ohne eine ge meinsame, lange inhaltliche Arbeit im Rahmen dieser Ratschläge.

telegraph: Werdet ihr bei Bündnissen in den anderen Städten auch darauf reduziert, die "Jungen" zu sein, die in die praktische Vorbereitung mit einbezogen werden, oder gibt es auch Punkte, in denen das politische Wissen, vielleicht sogar Expertenwissen in den Bündnissen anerkannt sind?

Rostock: In Rostock haben wir innerhalb des Bündnisses eine sehr gute Position. Die beiden, die von uns da drin waren, sind auch als Einzelpersonen - unabhängig davon, daß sie aus der Antifa, oder dem JAZ kommen - sehr gut angesehen in der Stadt und gelten als kompetent. Schon seit den Ereignissen '92 waren sie immer wieder Ansprechpartner für die Stadt, den Bürgermeister, die Polizei, wenn es um Antifa oder bestimmte Spannungen in der Stadt ging.
Die Idee und der Anspruch für das ganze Bündnis ist bei uns aus einer Diskussion entstanden, in der wir uns überlegt hatten, was eine Perspektive für Antifapolitik sein könnte. Irgendwann hatten wir mal gesagt, ein Ziel, was wir anstreben, ist einfach wieder so einen gemeinsamen Nenner gegen die Nazis in die Gesellschaft zu bringen. Das wird jetzt leider, wieder etwas weg diskutiert. Egal, was das erstmal bedeutet, daß irgend so eine Grundstimmung da ist, wie sie jetzt auch letztlich zum 19.9. in Rostock rüber gekommen ist: die gesamte Stadt hat den Naziaufmarsch abgelehnt. Das war das Ziel, mit dem wir in das Bündnis rein gegangen sind, und wir denken auch, daß genau dieser Punkt das Ziel ist, was in solchen Bündnissen angestrebt werden kann - nach außen erstmal eine Ablehnung zu zeigen, und man die nach und nach, über innere Auseinandersetzungen mit Inhalten füllt. Dazu ist es wichtig in diesen Bündnissen drin zu stecken, als Bündnispartner voll akzeptiert zu werden, aber nicht, was viele Gruppen fordern, von vornherein zu sagen: "wir haben diese und jene linksradikalen Inhalte, und wollen die in das Bündnis reinbringen!" So etwas ist unsinnig, es geht darum, ein Bündnis als gemeinsamen Prozeß zu begreifen. Wir haben das Gefühl, wir überfordern in den Bündnissen viel zu oft die Leute, die mit einsteigen und dann ist es wirklich nur noch ein Bündnis aus Leuten, die sowieso schon eine linksradikale Einstellung haben - und damit isolieren wir uns. Ich denke, daß haben wir die letzten Jahre gemacht und jetzt müssen wir diese Bündnisse mit allen machen. Da muß man auch viel wegstecken können, denn da kommen ganz viele Leute, mit denen wir auch politisch Probleme haben. Das fängt ja schon bei der SPD an und in Rostock war letzten Endes sogar die CDU vom Bündnis sehr angetan. Da muß man sehr genau sehen, was sinnvoll ist und einschätzen können, wo der Spaß aufhört, richtig lustig zu sein. Aber zunächst mal ging es uns darum, diese Ablehnung den Nazis gegenüber aufzubauen.

Erfurt: An dem Punkt unterscheidet sich das Bündnis in Rostock sicher von dem in Thüringen. Wir hatten eine einzige Situation, in der wir mit der CDU an einem Tisch

gesessen haben und das war in der Zeit der Lichterketten. Da hatte der DGB zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, in der es darum ging herauszukriegen, was man machen kann - Demonstration oder Lichterkette. Da hat sich ziemlich schnell an der inhaltlichen Diskussion gezeigt, daß es einen Dissens gab, zwischen der CDU und der SPD auf der einen, und Gewerkschaften, PDS und uns auf der anderen Seite. Das hat sich dann letztendlich darin ausgedrückt, daß die einen, nämlich wir, eine Demo gemacht haben und die anderen eben eine Lichterkette. Es ist uns also aufgrund unserer inhaltlichen Aussagen, im Rahmen einer Resolution zum Beispiel, wo es um weit mehr geht, als nur gegen Nazis zu sein, immer so gegangen, daß relativ schnell klar war, daß die CDU und die SPD nicht mit uns kann. Die Positionen, die wir vertreten sind klar humanistische, linke Positionen und so weit gehen die nie. Das ist auch gleichzeitig unser Erfolg, daß nämlich dieser Ratschlag und die Diskussionen, die es in Arbeitsgruppen und in Plena gegeben hat, dazu geführt haben, unseren gemeinsamen Nenner zu suchen. Und das war damals eine klare Position für den Artikel 16, 91/92 war das noch die Abschaffung des Verfassungsschutzes und das ist immer noch Konsens. Aber da geht es um weit mehr, als nur darum, gegen Nazis zu sein.

telegraph: Habe ich richtig heraus gehört, daß wir hier von zwei verschieden Typen von Bündnis reden? Einmal - wie in Rostock - soll eine breite Akzeptanz auf der Grundlage eines Minimalkonsens (gegen Nazis) hergestellt werden. Das Bündnis in Erfurt zielt eher auf die Erarbeitung ganz konkreter inhaltlicher Positionen, die eine öffentliche Diskussion beeinflussen sollen - klappt das wirklich?

Erfurt: Genau an diesem Punkt, wo es um die Einzelpersonen aus der Gewerkschaft geht, oder sonstige, die mit dem Status "antirassistische Spinner" in ihren Organisationen arbeiten, ist bei uns klar geworden, daß es keine Einzelpersonen mehr sind, sondern daß es Personen sind, die inzwischen eine Hegemonie haben. Das hat sich zum Beispiel bei der zweiten Demo in Saalfeld gezeigt. Die SPD hat ein klares Angebot gemacht: wir machen eine gemeinsame Aktion. Und die Gewerkschaften haben gesagt, ja, wir machen gerne eine gemeinsame Aktion mit euch, aber die mit denen wir das letzte Mal das Bündnis gemacht haben, die Demonstration, die ihr verboten habt, also die Autonomen, die machen mit - mit ihren Inhalten und mit ihren Aktionsformen. Da hat die SPD gesagt "nein danke, dann nicht". Und die Teile der Gewerkschaften, die in den letzten Jahren lange Diskussionen mit den Autonomen und ihren Inhalten geführt haben, die haben sich durchgesetzt. Das heißt es sind nicht mehr nur Spinner, sondern mehrheitsfähige Positionen und eine mehrheitsfähige Politik innerhalb dieser Organisationen gewesen.

telegraph: Du beschreibst jetzt einen institutionellen Effekt von Bündnissen, eine Diskussion, die über politische Schwerpunktsetzungen zu einem Konsens kommt. Kamen zu Euren Aktionen auch die ganz normalen, also nichtorganisierten Personen wie in Rostock, bringt so ein "politisches Bündnis" auch eine Vermassung voran?

Erfurt: Ich sehe im Moment gar nicht, daß das Rostocker Bündnis den breiteren Teil der Bevölkerung erreicht hat. Ich weiß nicht genau, wieviel Leute in Rostock demonstriert haben. In Saalfeld waren es bis 7000 Leute und ich glaube, das ist eine ähnliche Zahl wie in Rostock.
Das, was die Lichterketten im Westen geschafft haben (ich will jetzt nicht die Diskussion über Zivilgesellschaft Ost/West anfangen), das ist in Erfurt definitiv nicht gelungen. Ihr Aufruf, Zeichen zu setzen im Fenster oder auch draußen, hat keine Wirkung gezeigt.

Rostock: Du hast wahrscheinlich recht, wenn du sagst, daß die Masse der Leute noch nicht mobilisiert wurde. Man muß allerdings danach sehen, wo die 6- 8000 Menschen in Saalfeld hergekommen sind, und wo sie in Rostock herkamen. Bei der Bündnisdemo waren es fast ausschließlich Rostocker oder Leute aus dem Umland, während die Leute von außerhalb - sprich die autonome Antifa - sich am Steintor getroffen haben. Aber es war natürlich trotzdem nur die Hälfte von dem was die Veranstalter erwartet haben.Von daher hatte ich nicht nur das Gefühl, daß es jetzt ganz Rostock gezeigt hätte.
Aber das ist natürlich Quatsch zu behaupten, die Stadt hatte sich mit dem Friedensfest usw. reingewaschen von der "Schande in Lichtenhagen". Das war auch nur ein ganz kleiner Prozentsatz von den Leuten, die 1992 Beifall geklatscht haben und auch jetzt, zur Antifa-Demo Beifall geklatscht haben. Die meisten haben sich das, genau wie damals, aus dem Fenster angeguckt.
Zur Aufgabe der eigenen Positionen im Bündnis ist es auch wichtig, zu sagen, daß für uns die eigenen Ansprüche im Bündnis nicht im Vordergrund standen. Das erfordert natürlich enormes Fingerspitzengefühl, die Entscheidung, mit welcher Radikalität man im Bündnis auftritt. Am Anfang, als das Bündnis noch kleiner war, ist es Konsens gewesen: das Ziel ist die Verhinderung des Naziaufmarsches mit politischen, sowie auch allen anderen möglichen Aktionen. Im Laufe der Vorbereitung hat sich dieses Ziel auf den Anspruch ein Zeichen zu setzen, zurückgeschraubt. Persönlich bin ich der Meinung, daß das auch daran lag, daß wir nicht präsent genug waren. Es waren eben nur zwei Leute, die fit und anerkannt waren, die aber ein bißchen vorsichtig sein mußten, wenn sie an den Positionen im Bündnis arbeiten wollten und sollten, da sie ja an einer längerfristigen Arbeit interessiert waren und diese nicht gefährden wollten. Da haben mehr Leute von uns gefehlt, die mit in dem Bündnis sitzen und unsere Position mit einbringen. Da hat ein bißchen der Wille und auch das Engagement gefehlt, weil viel drum herum los war, da gab es einfach auch personelle Grenzen. Daneben wurde viel zu wenig darüber diskutiert, was mit zivilem Ungehorsam erreichen kann, mit Sitzblockaden und so weiter, etwas zu verhindern. Da wurde am Anfang kurz drüber diskutiert und das wurde leider nicht weiter verfolgt.

Erfurt: Das ist für mich der Knackpunkt. Wenn es Naziaktionen gibt, steht immer die Frage im Raum, wo wir demonstrieren, da wo die Nazis sind oder an einem Platz, den wir bestimmen. Dran scheiden sich ganz oft die Geister in den Bündnissen. Da stehen dann in den allermeisten Fällen die autonomen Kräfte isoliert da und sagen "Wir sind da wo die Nazis sind, weil wir konkret verhindern wollen". Dieser Punkt ist einer der spannendsten überhaupt in Bündnissen - die Leute in den Bündnissen für eine Position zu gewinnen, die ziviler Ungehorsam heißen kann. Und wenn es darum geht, die Leute dafür zu begeistern, dann ist ganz klar, daß wir da nicht rein gehen und sagen können "den Nazis keinen Millimeter!" Aber wo man sagen kann: Wir blockieren alle zusammen (wie in Passau) diese Halle, in der jedes Jahr die große Versammlung der DVU stattfindet und große Teile des Bündnisses, des bürgerlichen Lagers, gesagt haben "Wir wollen das verhindern! Wir behindern das mit einer Sitzblockade!", dann ist das für mich Ausdruck dafür, was in Bündnissen möglich ist. Viel mehr kann man eben von den Gewerkschaften, der PDS und den meisten Grünen auch nicht erwarten. Finde ich auch akzeptabel, weil sie ein ganz anderes Spektrum vertreten, als wir. Die müssen sich an bestimmte Spielregeln halten.
Wo es nicht gelungen ist und das ist eine Diskussion wert, war der 1.Mai in Leipzig. Was da passiert ist, ist politisch eine Katastrophe. Daß es also rund um die Nazikundgebung zu Straßenschlachten kommt, daß das Bündnis irgendwo weitab eine Kundgebung macht und dann vereinzelt Leute dahingehen und sich rundherum die Autonomen mit der Polizei kleinere Geplänkel liefern. Ich fände das völlig legitim in dem Moment, wo gesagt

wird "das Bündnis ist an einem Ort, an dem wir nicht sein wollen, wir versuchen die Nazis zu behindern". Aber mit dem Bündnis - wenn man sich einmal darauf eingelassen hat - hätte versucht werden müssen zu klären, was an Aktionen möglich ist. Der Verzicht auf solche Auseinandersetzungen ist letztendlich der Verzicht auf politisches Agieren oder aber Zeugnis für ein absolut taktisches Verhältnis zu solcher Zusammenarbeit.

telegraph: Aber diese Ersatzbefriedigung ist doch ein generelles Problem, daß an Stelle der unmittelbaren Auseinandersetzung - einem funktionalen Verhältnis zur Verhinderung von Naziveranstaltungen - dann Auseinandersetzungen mit der Polizei laufen. Das sagt ja auch viel über das Verhältnis zur Militanz, wenn man nicht bis zu den Nazis kommt, dann werden eben die Bullen genommen...

Erfurt: Das Problem liegt vorher, nämlich da, wo autonome Leute oder Gruppen, nicht bereit sind, sich mit Bündnissen so auseinanderzusetzen, daß man einen gemeinsamen Punkt findet.

telegraph: Dahinter steht doch ein völlig taktisches Verhältnis zu Bündnissen, es geht um ein ergebnisfixiertes Abwägen: "Wenn man sich in einem Bündnis soweit ideologisch zurücknimmt, mit einem riesigen Kraftaufwand zu allen Treffen geht und den ganzen Refor mismus dort ertragen muß... und das Ergebnis sind sechstausend Leute, dann kann man doch auch sagen, scheiß auf die Bündnissülze, wir sind stark genug, "Antifa heißt Angriff", wir machen die Geschichten für uns alleine und wenn wir uns ein halbes Jahr vorbereiten, kriegen wir auch 6000 Leute zusammen, aber mit unseren Inhalten". Das ist ja auch genau das, was gewisse Organisationen vielleicht vorziehen würden....

Erfurt: Was heißt denn von Inhalten verabschieden? Nach meinem Dafürhalten werden die militanten Teile in solchen Bündnissen sogar politisiert. Diese Szene, die wir auf den Demos, in Saalfeld oder Erfurt haben, ist nicht per se politisch, sondern eben ein lebenskultureller Abschnitt und die Selbstverständlichkeit des Ratschlages, bei dem es jedes Jahr mehr als zehn Arbeitsgruppen gibt, führt dahin, daß diese Szene aus der wir kommen, Diskussionen führt, politisiert wird, also nicht nur in diese Institutionen hinein sondern vor allem in die Szene hinein.
Aber es kann natürlich Punkte geben, an denen die Politik von Bündnissen, nicht mehr unsere Politik sein kann. Wir hatten das bei der ersten Saalfeld Demo. Das Bündnis hat sich dafür entschieden, daß es wegen des Verbotes keine Demos geben soll. Das war eine Entscheidung, die führende Leute in dem Bündnis gefällt haben. Bis zu dem Tag, an dem das Verbot faktisch durch die Polizei durchgesetzt wurde. Dann haben Leute aus dem autonomen Spektrum entschieden, gut das mag Position des Bündnisses sein, wir versuchen trotzdem wo wir können Demos zu machen. Und das ist auch passiert. Das ist in Leipzig, in Jena und in Erfurt gemacht worden, gegen den Aufruf von Leuten aus dem Bündnis.

telegraph: Stellt sich da nicht die Frage nach einer Organisation oder einer Klammer, die diese drei Seiten Zentrum/Bündnis/Bildungsarbeit zusammenhält?

Erfurt: Ich glaube, es sind die Einzelpersonen, die auch in Zukunft dafür sorgen werden, daß bestimmte Dinge möglich sind und andere verunmöglicht werden. Das es eine ähnliche Generation gibt - von 24 bis 28 - sage ich mal, die mittlerweile bei der PDS sind, oder beim DGB. Das ist für mich die Klammer, die, zusammen mit den immer wieder neu entstehenden Grüppchen, Politik machen wird. Da werden Dinge ermöglicht, die so Anfang der 90er nicht möglich gewesen wären. Mittlerweile muß man also sehen, daß das nicht nur Leute sind, die sich anpassen, sondern daß die individuellen Wege und Erfahrungen bestimmte Dinge dann irgendwann ausschließen.

telegraph: Aber im Gegensatz zu Anfang der 90er, was ist denn notwendig, was ist möglich - und ist das eine zufriedenstellende Perspektive?

Erfurt: Zufriedenheit ist doch das Schlimmste, was revolutionärer Politik passieren kann.
Es ist mittlerweile möglich, daß Autonome zusammen mit dem DGB, und zwar per Beschlußlage desselben, demonstrieren können, in Bündnissen sitzen können, Zeitungen erstellen, es ist möglich für Projekte, zum Beispiel Hausbesetzungen, Unterstützung zu bekommen, so man das will. Es ist möglich, Anfragen zu stellen und zu bestimmen, ohne sich groß durchzuarbeiten und Vertrauen schaffen zu müssen - jahrelange Arbeit ist da die Basis. Es ist möglich, Finanzen zu bekommen und der mediale Rahmen, der dir geboten wird, wenn du aus einem Bündnis mit DGB, PDS und Grünen heraus Presseerklärungen machst, ist natürlich um einiges größer, als wenn du es als Grüppchen machst.
Der gesellschaftliche Einfluß, der zu jetzigen Zeiten relativ begrenzt ist, ist in solchen Zusammenhängen einfach größer. Das gilt dann auch absolut für andere Themen. Das alles heißt aber überhaupt nicht, das wir eine Massenbasis haben, oder so.

Rostock: Erstmal sehe ich das genauso. Das ist in Rostock wirklich genauso. Da ist sicher sehr viel mehr machbar, als jetzt an Einzelpersonen hängt. Die Jugendarbeit ist die Grenze. Organisationen gibt es nicht und wenn die kommen, hört man sich das an und schüttelt nur noch mit dem Kopf darüber, was die Leute sich so vorstellen. Das hat mit autonomer Politik nichts mehr zu tun. Ihre Stärke ist, daß sie viel Erlebnispädagogik machen, was jüngere Leute einfach zieht. Das ist auch nachvollziehbar. Also wenn ich mir meine Geschichte ansehe, na klar, Demos und bumm. Das war das, was am Anfang dazu geführt hat, daß ich öfter hingegangen bin und mich dann intensiver mit Sachen beschäftigt habe. Ich habe zwar immer eine antifaschistische Grundhaltung gehabt, weil ich so erzogen wurde - autoritärer Osten, ihr kennt das ja alle ... ne, aber - das war wichtig und da werden die Leute rangeholt, indem erst einmal was passiert. Da muß man dann ansetzen und fragen, wie bekommt man die Leute zum selber Handeln.

telegraph: Wäre jetzt also dem Erfurter Modell, Bündnis-Zentrum-Bildungsarbeit noch der Aspekt der Erlebnispädagogik - als Teil eines offensiven Antifaschismus - hinzu zu stellen?

Rostock: Die Lust ist da, auf jeden Fall. Wo das aufhört ist, daß offensiver Antifaschismus für uns schon lange nicht mehr heißt, sich mit den Bullen zu prügeln. Und das war etwas in Rostock, um nochmal auf die NPD-Demo und das Bündnis zurück zu kommen, was wir absolut verhindern wollten. Wir wollten keinen Streß mit Bullen. Was natürlich nicht heißt, sie nicht mehr als Gegner zu sehen. Wir haben gesagt, daß es an solchen Tagen einfach völliger Blödsinn ist, Streß mit ihnen anzufangen - das war nicht das Ziel, sondern Ziel war es, die Nazikundgebung zu verhindern. Da muß man noch ein bißchen Arbeit leisten, bei anderen Gruppen, die dann trotz Warnungen in Riesen-Bullensperren fahren, wo der Ärger vorprogrammiert ist. Da gibt es ganz offensichtlich keinen Blick mehr für das Ziel.

Erfurt: Ohne Bullensperren? Da reduziert ihr aber unzulässigerweise die Erlebnissqualität, wenn ihr das nicht wollt.

Rostock: Bei der Geschichte die ich jetzt angesprochen habe, geht es um Leute mit Erfahrung, in unserem Alter ... aber aus Westdeutschland! (Gelächter) ... ich hab´s gesagt, jetzt ist es raus ... es ist wirklich so. Das sind so die Leute, die zu einer Demo noch, oder wieder, ganz in schwarz kommen und die einfach immer die Sixpacks hintendran haben. Man kommt mit solchen Leuten einfach nie bis zu den Nazis.

telegraph: Danke für das Gespräch.

Gegen die Militärdemokratur in der Türkei –

Für eine Solidarität jenseits von "Völkerrecht" und "Volk"

"Keine Auslieferung der Fregatte an die Türkei! Für eine politische Lösung in Kurdistan!" war das Motto eine Kleindemo von 160 Leuten am 12. Dezember in der Hamburger Innenstadt. Der Anlaß dieser kurzen Unterbrechung im Weihnachtskaufrausch war die feierliche Übergabe der auf der Hamburger Werft Blohm & Voss für das türkische Militär gefertigten Fregatte "Salihreis". Mit diesem Rüstungsexport auf High-Tech-Niveau bleibt Blohm & Voss der Tradition als Kriegswerft treu, und die türkische Marine freut sich schon. Der zukünftige Kommandant Eser Cimenderoglu erklärte gegenüber der Welt: "Wir haben unsere besten Leute zusammengezogen, um die Salihreis sofort als unser Flaggschiff nutzen zu können." Für die Militärdemokratur ist die Unterstützung durch die NATO und insbesondere durch die BRD kriegsnotwendig: 40 % des Haushaltes der Türkei gehen für militärische Zwecke drauf. Die staatliche Hermes-Kreditanstalt mit Sitz in Hamburg sichert die Finanzierung der Fregatte mit einem günstigen Kredit ab, im Auftrag der Bundesregierung.

Ein guter Grund für linken Protest – wenn nicht in so verquerer Weise dafür argumentiert worden wäre.

Organisiert wurde die Demo vom *Hamburger Forum für Völkerverständigung & weltweite Abrüstung e. V.*, einem Überbleibsel aus der Friedensbewegung der 80er Jahre. Wir riefen zur Demo mit auf.

Den Aufruf konnten wir allerdings nicht unterzeichnen[1]. Auf einen Brief vom 20. November, in dem wir unsere Kritik dargelegt haben, antwortete das *Hamburger Forum* bis heute (20. Dezember) nicht. Unser Vorschlag, dass wir gerne in einer Rubrik "Zur Demo rufen weiterhin auf..." die Aktion unterstützen wollten, wurde ignoriert. Bei der konkreten Forderung – Keine Fregatte an die Militärdemokratur in der Türkei -waren wir mit den OrganisatorInnen einig. In der Begründung gibt es Widersprüche:

Die Verabsolutierung von "Recht"

Im Aufruf wird *"Völkerrechtswidrigkeit"* als abstrakte Kategorie benutzt. Das entscheidende Kriterium für Recht/Unrecht sei die Einhaltung/Nichteinhaltung von *Völkerrecht*. Das gipfelt in der Forderung *"Auslieferungsstopp der Fregatte ‚Salihreis' bis die türkische Regierung die Bedingungen eines völkerrechtlichen Zusammenlebens erfüllt!"*.

Unklar bleibt dadurch, ob die Militärdemokratur in der Türkei, wenn sie das gesamte geltende *Völkerrecht* einhalten würde, nicht mehr das seit dem Militärputsch 1980 eingesetzte reaktionäre repressive, antikommunistische Regime wäre. Gegen das Protest weiterhin gerechtfertigt und angesagt wäre.

Mit der einfachen Entgegensetzung von *Völkerrecht* und türkischem Militärregime wird der Eindruck erweckt, das *Völkerrecht* sei etwas per se Fortschrittliches und nicht einfach die Festschreibung der Spielregeln für Nationalstaaten im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes. Außerdem suggeriert der Begriff *Völkerrecht* die Illusion einer möglichen "fairen Kriegsführung" – gerade so, als könnten nicht unter Berufung auf die Haager Landkriegskonvention von 1907 staatliche Armeen gegen PartisanInnen ganz *völkerrechtlich* abgesichert im Verhältnis 10 : 1 (d.h. 10 PartisanInnen pro getöteten Soldaten) hinrichten. Gerade Wehrmachtssoldaten beriefen sich bei ihrem Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung auf das Völkerrecht.

Die Forderung der *"Einhaltung der Menschenrechtsstandards entsprechend der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat"* läßt sich so lesen, als ob diese papierenen Rechte im Rest der Europaratsländer eingehalten würden. Dies gilt ja aber weder für die BRD noch beispielsweise für Spanien, wo bekanntlich Staatsterrorismus und Folterungen von Untersuchungsgefangenen zum staatlichen Ordnungsrepertoire gehören, geschweige denn für Britannien mit seiner Aufstandsbekämpfungsstrategie in Nordirland.

Ist es nicht möglich, Menschenrechte zu fordern ohne sich zum Anhängsel eines fragwürdigen *Völkerrechts* oder des Europarates zu machen?

Das Subjekt *kurdisches Volk*

"Schluss mit dem Krieg in Kurdistan" ist eine dringende und zentrale Forderung, aber warum schließt sich daran nach einem "und" direkt die *"unverzügliche Aufnahme von politischen Verhandlungen mit Vertretern des kurdischen Volkes!"* an? Damit wird *Volk* zu einem realen Subjekt erklärt. Diese Sichtweise liegt auch dem *Völkerrecht* zugrunde, dessen angebliche Subjekte auch *Nationen bzw. Völker* sind. Nun gibt es aus gutem Grund viele Linke, die aus der Kritik von Rassismus und Nation in Deutschland heraus die Kategorien ablehnen, die imaginäre homogene Gemeinschaften vortäuschen. Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse werden vom Begriff *Volk* verschleiert. Wer *Volk* zum Subjekt erklärt, dass er/sie vertreten will, legitimiert damit die eigene Machtpolitik, die damit losgelöst von sozialer Befreiung emanzipatorischen Interessen zuwiderläuft. Mehr dazu steht z. B. in einem Buch, dass wir vor ein paar Monaten veröffentlicht haben.

Das "Völkerrecht" - Falle für die "Volksbefreiung"

Wie sehr das *Völkerrecht* das Recht der Herrschenden ist, wird deutlich an der Debatte um einen Internationalen Strafgerichtshof, die von der deutschen Außenpolitik forciert wird: Unter der scheinbaren Legitimation *Völker* zu vertreten, wird eine neue Institution zur Absicherung und Aufrechterhaltung der Geschäftsbedingungen des kapitalistischen Weltmarktes Gerichtssitzungen abhalten. Wie sehr internationales Recht ein ideologisches Konstrukt ist, hinter dem ein Gewaltverhältnis verschwinden soll, zeigt sich an der heuchlerischen Ausschlachtung des Ermittlungsverfahrens gegen den Ex-Diktator Chiles, Pinochet. Nachdem Pinochet seine Aufgabe erfüllt hat, die sozialistische Bewegung in Chile mit offener Aufstandsbekämpfung zu unterdrücken, lassen seine früheren Protegés aus Westeuropa ihn jetzt fallen. Er nützt Ihnen jetzt mehr bei ihrem Interesse, gegenüber der Ordnungsmacht USA als Europäische Union mit einem internationalen Strafgerichtshof auftrumpfen zu wollen, in dem die EU internationales Recht mitdefinieren will. In der "Süddeutschen Zeitung" endete der Leitartikel "Öcalan und der Rechtsstaat" vom 25. November mit folgender demagogischen Wendung, die anzeigt, daß *Völkerrecht* eben auch gegen *Volksführer* genutzt werden kann: "Genau deshalb ist ja auch der Plan so wichtig, für alle diese Fälle, für die Pinochets und Öcalans und Karadzics dieser Welt ein Welttribunal zu etablieren, mit eigener Strafprozeßordnung für die internationale Gemeinschaft. Eine der wichtigsten Säulen eines Friedens zwischen den Völkern wäre nämlich genau dieser Versuch..." Die Sozialdemokratische Internationale (SI) begründete die Notwendigkeit eines internationalen Gerichtshofes auf ihrem Ratstreffen am 24. 11. 98 noch mit Pinochet, aber Bundeskanzler Schröder und Schily fordern bereits, dass der PKK-Vorsitzende Öcalan vor diesem neu zu schaffenden internationalen Gerichtshof angeklagt werden soll. Wie leicht Menschenrechtsorganisationen, die sich wie das *Hamburger Forum* ständig auf das *Völkerrecht* beziehen, dabei aufs Glatteis geraten und herrschende internationale Gewaltverhältnisse legitimeren, zeigt *Human Rights Watch:* Diese Menschenrechtsorganisation forderte in einem Brief an den italienischen Ministerpräsidenten D' Alema dazu auf, "Öcalan wegen der Überschreitung der Grenzen im Guerrillakampf zur Verantwortung zu ziehen. Nach Ansicht der Organisation hat die PKK seit 1984 genau 768 außergerichtliche Exekutionen vorgenommen und 360 Zivilisten ermordet.

Aktionen, die nach "Human Rights Watch" Teil der ‚offiziellen Politik der PKK' gewesen seien."[2]

Eine linke Kritik an der PKK und Öcalan müßte genau entgegengesetzt argumentieren: Zuerst einmal wäre die Forderung nach einem Bleiberecht für Öcalan wie für alle anderen Flüchtlinge auch die Minimalforderung. Zum zweiten kann es nicht angehen, die PKK für ihre Taten im Guerrillakampf zu bestrafen, während Militärapparat und Geheimdienste der Türkei überhaupt nicht sanktioniert werden. *Human Rights Watch* macht sich so selbst zum verlängerten Propagandainstrument der Kriegsführung der NATO gegen die PKK. Die unserer Meinung nach notwendige Kritik der PKK kann nicht der bürgerlichen Justiz überlassen werden. Für die Kritik des internationalen Rechts ist es notwendig, die scheinbare Legitimation als Vertreter/Führer von *Völkern* zu demontieren. Das gilt als grundsätzliche Kritik sowohl für die sogenannte *Völkergemeinschaft* und ihre Retter wie Bundeskanzler Schröder als auch für Oppositionelle, die ihre eigene Bedeutung durch die Berufung auf ein *Volksinteresse* aufwerten wollen – wie Öcalan und seine ParteigängerInnen.

Auch wenn die VeranstalterInnen der Demonstration *"Keine Auslieferung der Fregatte an die Türkei! Für eine politische Lösung in Kurdistan!"* eine antiinstitutionelle, antinationale Herangehensweise nicht teilen und deshalb unsere Kritik vielleicht schwer nachvollziehen können – eine Einbeziehung weiterer, linksradikaler Kreise in den Protest gegen den Fregattenbau für die türkische Militärdemokratur hätte ein Verzicht auf den positiven Bezug auf *Volk* sowie das ständige Pochen auf *Völkerrecht* sicher erleichtert. Die Alternative dazu ist, sich als Zielgruppe ein bürgerliches Publikum zu suchen, imaginäre Massen, die an die Rechtschaffenheit von *Völkerrecht* und Europarat glauben und die einen Kampf für legitimer halten, wenn er im Namen eines *Volkes* und nicht im Namen einer sozialen Revolution geführt wird. Es gibt sicher viele Menschen, die so denken – aber ist für die Frieden mehr als die Abwesenheit von kriegerischer Bedrohung, beteiligen die sich an linken Protesten? Am 12.12. jedenfalls nicht – trotz 40 AufruferInnen, darunter die Landesverbände von DKP und PDS sowie Teile der GAL, Friedensgruppen und die Kurdistan-Solidarität. Imaginäre linksdeutsche Massen protestieren nicht. Viele Linke haben sich aus Aktionen gegen den Krieg des türkischen Staates zurückgezogen, weil die kritiklose Unterstützung der nationalistischen Volksbefreiung der PKK zum Dogma erklärt worden ist. Auch die mehrmals wiederholte Rede auf der Demo gegen die Auslieferung der Fregatte kam nicht ohne die Beschwörung "unserer Heimat Kurdistan" aus.

Für die Demontage der Kriegswerft Blohm & Voss

Völlig ausgeblendet wurde die Kritik an der deutschen Geschichte der Kriegswerft, die im "Schwarzbuch Hamburg - Dritte Welt" von 1983 dargelegt worden ist: Blohm & Voss begann schon 1892 mit dem Bau großer Kriegsschiffe für den Kampf um die Beherrschung der für die koloniale Ausbeutung wichtigen Weltmeere. Während des I. Weltkrieges baute Blohm & Voss 100 U-Boote, 6 Torpedoboote, sowie 9 schwere Kreuzer und Schlachtschiffe. Für den zweiten Weltkrieg wurden dort 230 U-Boote gebaut. Die U-Bootbunker wurden 1945 gesprengt, aber die Werft leider nicht demontiert. Auch die Hamburger KPD sprach sich etwa 1948 im Bürgerschaftswahlkampf gegen die Demontagemaßnahmen aus, obwohl diese zentraler Bestandteil der alliierten Vereinbarungen zur Entnazifizierung Deutschlands waren. Das totale Rüstungsverbot nach 1945 hinderte die Firma nur ein Jahrzehnt an der Wiederaufnahme der Kriegsproduktion. In den 80er Jahren warb die Werft mit dem Slogan "Wir haben die Erfahrung." Mittlerweile ist Blohm & Voss die größte Kriegsschiffwerft der BRD. Daneben wird der Kampfpanzer Leopard II produziert, seit 1982 auch für die Türkei. Wer jetzt meint, die rotgrüne Bundesregierung würde Rüstungsexporte an Diktaturen stoppen, sollte wissen, dass Blohm & Voss in den 70ern unter der Schmidt-Regierung Fregatten für die Militärdiktaturen in Argentinien und Nigeria baute. Begründung des SPD-"Friedenspolitikers" Egon Bahr damals: Die BRD bräuchte "aus sicherheitspolitischen Gründen" deutsche Kriegsschiffwerften, die sich mit Exporten finanzieren müßten. Ein Verbot von Rüstungsexport ist nur die halbe Miete: Für Deutschland hatten nach dem 8. Mai 1945 die Alliierten aus gutem Grund den Abbau der Rüstungsindustrie beschlossen, aber nicht konsequent umgesetzt.

Unser erster Text zur Fregattendemo, mit dem wir trotz Kritik zur Demo aufriefen, endete mit den Forderungen: Für einen Protest gegen die Auslieferung der Fregatte "Salihreis" an die Türkei – Schluß mit dem NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan! Gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen, Bleiberecht für Öcalan wie für Alle – für offene Grenzen! Für eine Aufhebung des PKK-Verbotes, weil die BRD kein Recht dazu hat, rassistisch ausgegrenzte Minderheiten zu kriminalisieren!

Demo für den Vertreter des kurdischen Volkes

Den von uns kritisierten Demoaufruf des *Hamburger Forums* zum 12.12. unterstützte aus dem linksradikalen Spektrum der *Rote Aufbruch*. Bereits auf der Demonstration gegen die Verhaftung von Öcalan in Rom am 21. November war der *Rote Aufbruch* die einzige erkennbare Gruppe, die sich nicht über Konflikte in der Türkei definiert: Von 5.000 DemonstrantInnen hielten 4.600 Öcalan-Portraits hoch oder hatten den Aufkleber für die von der türkischen Armee ermordete Andrea Wolf in den kurdischen Nationalfarben an der Jacke oder am Mantel. Dahinter lief ein Block verschiedener sich auf die Türkei beziehender Parteien, die *Revolutionäre Vereinigte Einheit Plattform* – 300 Leute, unter anderem die beiden TKP/MLs friedlich nebeneinander. Dahinter folgte der *Rote Aufbruch* mit etwa 100 Leuten. Neben den Plakaten für die Märtyrerin Andrea Wolf[3] klebten im Schanzenviertel im November Plakate vom *Roten Aufbruch*, auf denen neben einem Foto von Apo Öcalan u.a. stand: "Die PKK kämpft für die Interessen des kurdischen Volkes und perspektivisch für eine sozialistische Gesellschaft." Die erste Forderung lautete: "Unterstützt das kurdische Volk!".

Im zentralen Aufruf zur Demo am 21. 11. wurde zustimmend das ZK der PKK zitiert: "Sein Ziel ist nicht das Suchen nach einem sicheren Aufenthaltsort, ein Aufenthaltsort kann für unsere nationale Führung in erster Linie in unserem Land gefunden werden." Nachdem so in vollendeter Form die Forderung nach Asyl oder Bleiberecht umschifft wurde, steht die Versicherung: "Die jetzige Phase beweist, wie sehr das kurdische Volk hinter dem Befreiungskampf der PKK und ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan steht." Bei den Forderungen am Ende des Flugblattes steht auch nichts von einem Bleiberecht für die Flüchtlinge aus Kurdistan, die keine "Vertreter unseres Volkes" sind – dafür lautet die erste Forderung: "Solidarität mit dem kurdischen Volk in seinem Kampf für Selbstbestimmung und Befreiung!" Und die letzte: "Solidarität mit der PKK!"[4]

Zu einer Politik, die immerzu ein kurdisches Volk beschwört, führt ein kurzer Weg dahin, dieses Volk in seinem Anführer verkörpert zu sehen. Von der Behauptung eines homogenen Volkskörpers hin zum Personenkult um Apo Öcalan führt der gerade Weg einer Ideologie, die keine Abweichung kennt und Kritik nicht akzeptiert. Bei der großen Demonstration am 19. 12. In Bonn gab es Transparente, auf denen stand: "Apo Öcalan ist das Volk – Das Volk lässt sich nicht verbieten".

Märtyrer für das "Volk": Selbstverbrennungen

Die Gleichsetzung von Partei – Volk – Anführer hat sich auf fatale Weise in den zahlreichen Selbstverbrennungen nach der Festnahme von Öcalan im November in Rom gezeigt: "Dagegen (=Krieg der Türkei in Kurdistan) leisten wir weiter entschlossen Widerstand...Und über vierzig Kurden verbrannten sich aus Protest gegen die

türkische Politik."[5].Mehr als 40 AktivistInnen und Gefangene aus der PKK nahmen das Symbol wörtlich, das auf den Fahnen der PKK Hammer und Sichel ersetzt hat: Das heilige Feuer. Nachdem Öcalan aufgerufen hatte, mit den Selbstverbrennungen aufzuhören, gab es nur noch vereinzelte Selbstverbrennungen[6]. Dass diese aber ein integraler Bestandteil der politischen Praxis der PKK sind, bekräftigte er wenig später in einem Interview mit der italienischen Zeitung "La Stampa": "Gefragt, ob er eine Auslieferung an Deutschland befürchtet habe, sagte Öcalan: ‚Wenn das geschehen wäre, dann hätte in Deutschland alles passieren können. Mehr als 50 Menschen hätten sich selbst angezündet, Hunderte wären zum Hungerstreik bereit.'"[7]

Wir möchten an dieser Stelle nicht alle katastrophalen Interviewpassagen von Öcalan aus den letzten Wochen auflisten, nur noch zwei Punkte:

"Die Idee des realen Sozialismus – zuerst die Partei, dann der Staat und dann der Mensch – wird aufgegeben."[8] Apo erklärt, wo's langgeht für die ganze PKK, und: Seine Kritik an der Sowjetunion geht nach rechts – er kritisiert die mit dem Personenkult um Stalin verbundene Nationalitätenpolitik nicht wegen der Nationendoktrin, sondern wegen des "Chauvinismus einer großen Nation gegenüber kleinen Völkern" zurück[9]. Das bereits oben zitierte Interview aus der "Weltwoche" 48/98 wurde geführt von Ali Özserik, Journalist bei der "Özgür Politika". Die Antwort auf die letzte Frage konterkarierte unmittelbar antirassistische Politik hierzulande. Wir zitieren sie deshalb vollständig:

Frage an Öcalan: Wie soll Europa auf die kurdischen Flüchtlinge reagieren?

Öcalan: "Die Menschen werden aus politischen Gründen vertrieben. Daher sind sie politische Flüchtlinge. Einige versuchen, daraus wirtschaftlichen Profit zu schlagen. Hier können wir mit Europa zusammenarbeiten. Die Menschen, die sich an uns halten, kommen nicht auf illegale Weise nach Europa. Nur wenn sie wegen des Krieges geflohen sind, sollten sie Asyl erhalten, weil sie politische Flüchtlinge sind. Die Türkei wird dann nicht den Mut haben, die Menschen zu vertreiben, und die Flüchtlinge werden nicht glauben, dass sie in Europa leicht zu Geld kommen. Eine politische Beurteilung des Flüchtlingsproblems ist ebenso wie eine politische Beurteilung des Kurdenproblems eine Herausforderung für Europa." So gesehen ist es kein Zufall, wenn unter den Solidaritätsflugblättern für Öcalan viel von "Bewegungsfreiheit für Abdullah Öcalan" die Rede ist, aber nicht von einem Bleiberecht für Alle.

Wer bejahend von Identität als positiver Kategorie spricht und von einem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" ausgeht, untergräbt damit die Grundlage des Antirassismus. Ein Bezug auf "Scholle/Heimat", die ethnopluralistische Kategorie "Volk" führt direkt zum Dogma "jedeR an Ihrem Platz", Das Begriffspaar "Verwurzelte – Vertriebene" steht einem Ansatz, der von den Interessen eingewanderter/geflüchteter Menschen ausgeht, entgegen.

Öcalan hatte den Rassismus gegen kurdische Flüchtlinge in Deutschland bereits früher mit der illegalen Flucht dieser Menschen gerechtfertigt und sich dafür entschuldigt, daß Kurden mit ihren Aktionen "die Gefühle des deutschen Volkes verletzt" hätten. Solange sich PKK und Solibewegung weiterhin auf Kategorien wie Volk und Ethnie beziehen und antirassistische Ansätze nicht zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Politik machen, ist eine umfassende Befreiung jenseits von nationalen Identitätszuschreibungen nicht möglich.

Die kritiklose politische Praxis

des Großteils der Kurdistan-Solidarität trifft sich mit den homogenisierenden Tendenzen des PKK-Befreiungsnationalismus. Die hiesige Solibewegung zu Kurdistan hat in großen Teilen ein unkritisches Verhältnis zum kurdischen Befreiungskampf: Im Kampf gegen die Repression in Kurdistan und der BRD wird eine eigenständige Einschätzung häufig durch die Übernahme von Durchhalte- und Erfolgspropaganda ersetzt. Trotz der kontroversen Diskussion der PKK-Politik in den letzten zwei bis drei Jahren scheint es weiterhin möglich zu sein, Soliarbeit zu machen, ohne sich in irgendeiner Form auf diese Kritik zu beziehen. Vielmehr wird die Kritik an der Politik der PKK schlicht als Spaltung durch die Herrschenden interpretiert.

Christiane Böhm vom Kurdistan-Bündnis Mainz im März 1998 dazu: "Wir bieten Informationen über die Situation der Kurden und Kurdinnen in ihrer Heimat an ... Wir erreichen dabei oft eher die normale Bevölkerung als die linken und demokratischen Bewegungen und Organisationen. Das ist ein bundesweites Phänomen."[10]

Die Chance, Kritik aus der Linken aufzugreifen und so eine kritische Solidarität zu fördern, wird vertan: Antinationale, antirassistische wie auch sozialrevolutionäre Ansätze ignoriert.

In dem zitierten Interview wird die Zurückhaltung vieler Linker gegenüber unkritischer Kurdistan-Solidarität nur unter "Spaltung der oppositionellen Bewegungen" verbucht: *Kritik = Spaltung*, mit dieser bekannten Gleichsetzung zeigt sich, dass eine Solidarität von Seiten antinationalistischer KritikerInnen der PKK nicht gewollt ist. Auf dem Autonomiekongreß



1995 in Berlin versuchte die *gruppe t.e.r.z.* aus Marburg eine Kritik an der PKK zur Diskussion zu stellen, was von Leuten aus der Kurdistan-Solidarität abgeblockt wurde. Die *gruppe t.e.r.z.* in ihrer Auswertung dazu: "Ginge es einzig um die Unterdrükkung durch den türkischen Staat, die patriarchalen (Familien u.a.) Strukturen, den Großgrundbesitz und das Kapital, so wäre der Widerspruch ‚kurdisch-türkisch' (zumindest in der eigenen Praxis) irrelevant; andersherum verschwinden diese Verhältnisse, treten in den Hintergrund oder werden beliebig austauschbare Beispiele, wenn ein angeblicher (oder von der mächtigen Seite behaupteter) Widerspruch ‚kurdisch-türkisch' zum Thema und zur eigenen Position gemacht wird. Genau diese Entscheidungsfrage zeigt sich, wenn jede kritische Auseinandersetzung von manchen PKK-AktivistInnen mit der Forderung nach 'Solidarität mit dem kurdischen Volk' geradezu erledigt oder für politisch belanglos erklärt wird. Mit diesem Leitgedanken verfängt desweiteren jede Politik für ein staatliches Unterdrückungsverhältnis, welches als ‚Materialisierung' der völkischen Identität begriffen und in einer Parteiorganisierung mit Führerkult, Nivellierung aller Unterdrückungsverhältnisse und einer konsequenten Aufopferungsbereitschaft für die zukünftige Nation vorweggenommen wird." Diese von uns geteilten Positionen einer kritischen Solidarität wurden auf dem Autonomiekongreß brüsk zurückgewiesen von AnhängerInnen einer kritiklosen Solidarität: "Denn hier sollte nicht nachgewiesen werden, wie die konkreten Bedingungen in Kurdistan die Analyse inhaltlich verändern, sondern die Politik der PKK für im Prinzip unangreifbar gemacht werden."[11]

Die einzige innerhalb der Kurdistan-Solidarität diskutierte Kritik dreht sich nicht etwa um die Ausblendung sozialer Widersprüche zwecks Homogenisierung zum Volk, dem der Alleinvertretungsanspruch der PKK auf dieses Volk wie auch der Personenkult um Öçalan entspricht. Vielmehr beschränkt sich die Kritik darauf, dass die PKK der Diplomatie einen zunehmend höheren Stellenwert beimisst als der linksradikalen Soliszene: "Die Kritik vieler deutscher Soligruppen [gilt dem] ... Kurswechsel der PKK in Richtung diplomatischer Bemühungen gegenüber dem deutschen Staat und den damit verbundenen Deals mit Verfassungsschutz, rassistischen Politikern der Regierungsparteien, wie Heinrich Lummer, oder auch den Justizbehörden im Prozeß von Kani Yilmaz"[12]. Das eine auf offizielle internationale Anerkennung und Staatlichkeit ausgerichtete Befreiungsbewegung wie die PKK gar keine Alternative hat im Rahmen einer diplomatischen Logik, zu dieser Erkenntnis kann sich die Kurdistan-Solidarität nicht durchringen: Wäre die Konsequenz doch ein Hinterfragen an der grundsätzlichen Ausrichtung der PKK, wie sie Öcalan in Rom so formulierte: "Wir sind aus Ankara herausgegangen und haben die Partei gebildet, wir gingen in den Nahen Osten und wurden zur Armee, nun werden wir auf die Weltbühne treten und zum Staat werden"[13].

Udo Wolter setzte im März 1998 der Entwicklung der PKK und ihrer Soliszene entgegen: "Es dürfte evident sein, dass die bisher in der Solidaritätsarbeit zu nationalen Befreiungsbewegungen wie der PKK anzutreffende Übernahme ethnisch-kultureller Identitätsmuster für eine antirassistische Perspektive nicht trägt."[14]

Die Kurdistan-Solidarität erschwert aber eine solche kritische Solidarität. In einem ähnlichen Muster wie in den 70/80er Jahren bei den *Anti-Imps*[15] mit ihrem Dominanzanspruch auf Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF gibt es drei Leitdogmen:

1. Das Monopol in Türkisch-Kurdistan hat die PKK.
2. Es ist Krieg/Repression: Wer die Dominanz der PKK-freundlichen Solidarität infrage stellt und dabei Kritik von links übt, entsolidarisiert sich und nützt der Türkei/NATO.
3. Kritik von rechts an Militanz und Aktionsformen der PKK ist aus Bündnisgründen erlaubt, unantastbarer gemeinsamer Nenner ist das "Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes".

Es ist kein Zufall, daß Teile der *Anti-Imps* sich nach dem Ende der RAF politisch auf die PKK umorientiert haben. Das Monopol PKK-freundlicher Kurdistan-Solidarität plus bürgerlichem Bündnisspektrum mit Sympathien für "unterdrückte Völker" erschwert eine antinationale oder sozialrevolutionäre Solidarität mit den sozialen Kämpfen und gegen den NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan.

Die Informationsstelle Kurdistan in Köln zementiert den Monopolanspruch der PKK, indem sie ihr eine über Kurdistan hinausweisende weltweite Bedeutung zuschreibt: "...stellt die PKK mit ihrer lebendigen sozialistischen Perspektive für das imperialistische Lager eine Gefahr dar. Der Aufbruch der feudalen Herrschaftsstrukturen, vor allem die emanzipatorischen Schritte in dem weltweit am tiefsten verwurzelten Unterdrückungsverhältnis des Mannes gegenüber der Frau, Respekt gegenüber der menschlichen Entwicklung und der Umwelt tragen eine emanzipatorische Kraft in sich, deren Ausstrahlung schon heute neben Europa u.a. die EZLN in Mexiko, Südafrika und den Fernen Osten erreicht hat."[16]. Warum derart Schaum geschlagen wird, wenn es um das reale Problem der Kriminalisierung von zwei Leuten aus der Kurdistan-Solidarität durch den deutschen Staat geht, erschließt sich am Schluß: "Die Linke in Deutschland fordern wir auf, sich an die Seite des kurdischen Befreiungskampfes zu stellen."[17]

Wir haben bei den Diskussionen, die wir im Rahmen der Vorstellung unseres Buches erlebt haben, öfter von Leuten gehört, dass sie gegen den Krieg in Türkisch-Kurdistan und das PKK-Verbot aktiv waren, sich aber zurückgezogen haben, weil sie keinen Platz für ihre eigenen Positionen gesehen haben, eine kritische linke Solidarität nicht erwünscht war. Wir finden es wichtig, dass diese Kritik diskutiert wird.

gruppe demontage,
Postfach 306 132, 20327 Hamburg

---

1 Der Aufruf ist dokumentiert in: *Lokalberichte Hamburg* 22/98

2 Cyrus Salimi-Asl: "D' Alema gibt sich empört" in: *junge Welt*, 23. 11. 98

3 Märtyrerin schreiben wir wegen des Umganges in der BRD mit ihrer Ermordung. Dazu ein Zitat aus einer Rede bei der Gedenkdemo am 14.11. in München: "InternationalistInnen sind Menschen, die begonnen haben aufrecht zu gehen. Sie verbindet ein festes Band aus Völkerfreundschaft und Solidarität, Gerechtigkeitssinn, Wut auf die bestehenden Verhältnisse weltweit und eine fast unvorstellbare Kraft, sich für deren Änderung bis zum Letzten einzusetzen. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß Andreas Tod nicht umsonst war...Sehit namirin! Unsere gefallenen RevolutionärInnen sind unsterblich!" Zitiert nach: *Einsatz!- Zeitung für autonome Politik*, Göttingen, 11/98

4 Dokumentiert in *Lokalberichte Hamburg* Nr. 23/98

5 Öcalan im Interview: "Unser Sieg ist nahe!" in: *Die Weltwoche* 48/98, 26. 11. 98

6 Zur PKK nach Öcalans Festnahme: "Apo in Roma", von Udo Wolter, in: *jungle world* 47/98; Interview von Udo Wolter mit Martin van Bruinessen: *"Öcalan will in die Rolle Dimitroffs schlüpfen"* in: *jungle world* 50/98

7 zitiert nach: "Öcalan attackiert Deutschland", in: *Neues Deutschland*, 8.12. 98

8 Interview, übersetzt von Cyrus Salimi-Asl, in: *junge Welt*, 12.12.98

9 ebenda

10 Interview mit Christiane Böhm: Kein Interesse für die Menschen in Kurdistan?, in: *junge Welt*, 17.3.98

11 gruppe t.e.r.z.: Tag & Nacht. Anmerkungen zur Debatte um Antiimperialismus und Internationalismus in autonomen Zusammenhängen, in: *links* Nr. 312/313, 5/96.

12 Udo Wolter: In der Migrantenfalle. Die Antwort auf Rassismus und Antisemitismus kann nicht Identitätspolitik und Soli sein, in: *jungle world* Nr. 13, 25.3.98

13 "Flucht nach Rom", in: *Die Woche*, 20. 11.98

14 ebenda

15 *Anti-Imps:* Politisches Spektrum, das sich mit legalen politischen Mitteln an der Solidarität mit den in Isolationshaft gehaltenen Gefangenen aus der RAF orientierte. Vertraten das Konzept der Antiimperialistischen Front, eine politische Paralellität von legalen Gruppen mit der illegalisierten Klein-Guerrilla RAF.

16 Informationsstelle Kurdistan: Erklärung zu den § 129a-Verfahren gegen InternationalistInnen aus der Kurdistan-Solidarität, in: *Angehörigen-Info* Nr. 205, 20.3.98

17 ebenda

Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de





ADELANTE

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17





Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im FRITZ BAUCH

Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)



Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 08 08
Fax. 040/430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040/430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon:040.4460955 fax:040.4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

JANUAR 99 in der ROTEN FLORA

wo? im schmutzigen Schanzenviertel

(es gilt immer noch: Touristen anrotzen!)

So	**3.1.**	**21:00h**	**HC-Konzert mit Stagnation & Revenge**
Mo	**4.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü & Filme**
Di	**5.1.**	**ab 18:00h**	**Dubcafé mit Weed Acoustix**
Mi	**6.1.**	**ab 17:00h**	**Café & Kuchen**
Do	**7.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü & Veranstaltung**
Fr	**8.1.**	**21:00h**	**HC-Konzert mit Strage & Los Vaticanos (Italia)**
Mo	**11.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü**
Di	**12.1.**	**ab 18:00h**	**Dubcafé mit I-Livity**
Mi	**13.1.**	**ab 17:00h**	**Café & Kuchen** (gepflegt)
Do	**14.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü**
Mo	**18.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü & Filme;**
		ab 21:00h	**„Gedrückt wird sowieso...!“** Film über die Situation von Drogenabhängigen und Drogeneinrichtungenin HH und Basel (20min.; 1992 mpz in Zusammmenarbeit mit dem „Stay Alive“)
Di	**19.1.**	**ab 18:00h**	**Dubcafé mit Roots Commandment**
Mi	**20.1.**	**ab 17:00h**	**Café & Kuchen**
Do	**21.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü & Veranstaltung**
Fr	**22.1.**	**23:00h**	**Ken Multi Experience Chapter II** mit: Kanga Roots Foundation & Ire Hifi
Mo	**25.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü**
Di	**26.1.**	**ab 18:00h**	**Dubcafé mit King Step Hifi**
Mi	**27.1.**	**ab 17:00h**	**Café & Kekse**
Do	**28.1.**	**ab 18:00h**	**Vokü**
Sa	**30.1.**	**22:00h**	**Soliparty für den ErmittlungsAusschuß HH**
So	**31.1.**	**20:00h**	**Open Dock - Tanzprojekt „Hals über'm Kopf“** Von skurrilen Behinderungen bis zu lachenden Verhinderungen Geschichten über Absonderlichkeiten und Automatismen, über Lust & Frust unseres vielbeachteten Da-Seins



Februar-Vorschau:

19.2. Neo-Dub-Soundsystem aus London
The Diciples feat. Delroy Rider

